Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 54. Dienstag, den 5. März 1907. 14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Kulturaufgaben der Kolonialpolitik.

In dem letzten Wahlkampf war viel die Rede von den Kulturaufgaben, die wir bekanntlich in den Kolonien zu lösen hätten und denen wir uns als gesittetes Volk wie auch im Interesse unserer eigenen Zukunft nicht entziehen dürften. Nun fällt uns nicht ein zu bestreiten, daß das Kolonisieren wilder Erdteile, die noch nicht in den Kreis der Zivilisation einbezogen sind, eine Kulturaufgabe ist, wenn auch freilich in einem ganz anderen Sinne als die offiziellen Schönredner behaupten. Wie erinnerlich, hat Herr Dernburg in einer seiner Agitationsreden diese Kulturaufgabe dahin präzisiert, daß wir die Eingeborenen auf die Höhe unserer Zivilisation erheben und ihnen das Christentum bringen müßten. Das ist dummer Schwatz, und wenn es nicht lediglich Schaumschlägerei zur Verhüllung kapitalistischer Profitgier wäre, so würde es höchstens Zeugnis ablegen von dem Mangel jeglichen historischen Verständnisses bei Herrn Dernburg und seinen Gesinnungsgenossen. Die Hottentotten und ähnliche wilde Völkerschaften auf die Höhe europäischer Zivilisation zu bringen, das vermögen nur sie selbst, das kann kein anderer für sie vollbringen. Und auch sie selbst können es nicht von heute auf morgen, weil gerade irgend einem hohen Herrn in der Wilhelmstraße zu Berlin einfällt, daß wir Deutschen jetzt mal ein bißchen Kulturaufgaben lösen müssen; sondern sie können es nur in langsamer, jahrhundertelanger Entwicklung, deren Ziel sie aber wahrscheinlich nicht erreichen werden, weil sie vorher von den Europäern aufgerieben sein werden, wie es das Beispiel der Indianer in Nordamerika lehrt. Eine rein den Eingeborenen gewidmete Kolonisationstätigkeit der Europäer ist schlechterdings undenkbar, weil bei den wirtschaftlichen Zuständen Europas nicht die Nächstenliebe, sondern die Ausbreitungsbedürfnisse des Kapitals es sind, die unsere Flagge über die Meere treiben.

Lassen wir also die Rücksicht auf die Eingeborenen aus dem Spiele, so bleibt eine wirkliche Kulturaufgabe in den Kolonien übrig. Sie besteht in dem, was man das „Erschließen“ der Kolonien nennt, das heißt: sie besteht darin, die in fruchtbaren Landstrichen vorhandenen Naturschätze, die jetzt völlig brach liegen, weil die Eingeborenen nichts damit anzufangen wissen, für die zivilisierte Menschheit zugänglich und nutzbar zu machen. Zum Beispiel: in Ostafrika sollen ein paar hundert Kilometer von der Küste entfernt meilenlange Wälder von Mahagoni und Zedern sich befinden. Den Eingeborenen nutzen sie wenig oder gar nichts. An diese Wälder herangehen, aus ihnen Holz für die Bedürfnisse der zivilisierten Menschheit herauszuholen, sie, wenn nötig, durch eine geeignete Forstpflege zu veredeln, zu vermehren und in ihrem Bestand zu sichern, das wäre zweifellos eine segensreiche Kulturaufgabe.

Merkwürdigerweise ist das Argument in dieser Form während des ganzen Wahlkampfes von unseren Gegnern nicht vorgebracht worden. Haben sie gefühlt, daß es, so stark an sich, in ihren Händen zu einer schwachen, gebrechlichen Waffe wird, zu einem Pfeil, der auf den Schützen zurückprallt?

Es zeigt sich nämlich erstens, daß der Privatkapitalismus diese einzige wirkliche Kulturaufgabe in den Kolonien nicht ohne die Hilfe des Staates lösen kann; die Herren von der Berliner Finanz wollen erst dann ihr Geld in solche Unternehmungen stecken, wenn das Deutsche Reich durch Bahnbauten 2c. dafür gesorgt haben wird, daß sie unmittelbar Profit daraus ziehen können, während die profitlosen Arbeiten, ohne welche die Erschließung jener Länder nun einmal unmöglich ist, dem Staat überlassen bleiben. Und zweitens zeigt sich, daß hier wie überall der Fortschritt der Kultur, der ein Segen für die Menschen sein sollte, unter den Händen des Kapitalismus zu einem furchtbaren Fluch sich verwandelt.

Es ist in der Tat ganz dieselbe Erscheinung, wie wir sie bei der Anwendung der Maschine beobachten. Der Fortschritt der Kultur bedingt, daß die Ertragskraft der menschlichen Arbeit unausgesetzt gesteigert werde. Das modernste und bisher wirksamste Mittel dazu ist die Maschine. Kein Zweifel, daß durch Anwendung der Maschine die menschliche Arbeit unendlich viel mehr leistet als vordem. Vor ein bis zwei Menschenaltern, als der Großbetrieb mit Maschinen noch ungefähr ebenso neu war, wie heute in Deutschland die Kolonialpolitik, da wurden die Vertreter des Unternehmertums nicht müde, mit vollen Backen zu preisen, wie gewaltig der menschliche Reichtum durch die Maschine sich vermehre. Wir lesen z. B. in Marx' „Kapital“:

„Herr Baynes aus Blackburn schätzt in einer 1858 veröffentlichten Vorlesung, daß jede reale mechanische Pferdekraft 450 selbsttätige Mulespindeln nebst Vorgeschirr treibt oder 200 Throstlespindeln oder 15 Webstühle für 40 Zoll breites Tuch nebst den Vorrichtungen zum Aufziehen der Kette, Schichten usw.“

Und weiter:

„Nach Herrn Baynes kommen auf 450 Mulespindeln nebst Vormaschinerie, die von einer Dampfpferdekraft getrieben werden, 2½ Arbeiter und werden mit jeder selbsttätigen Mulespindel bei 10stündigem Arbeitstag 12 Unzen Garn (Durchschnittsnummer), also wöchentlich 365⅝ Pfund von 2½ Arbeitern gesponnen. Bei ihrer Verwandlung in Garn absorbieren ungefähr 366 Pfund Baumwolle also nur 150 Arbeitsstunden oder 15 zehnstündige Arbeitstage, während mit dem Spinnrad, wenn der Handspinner 13 Unzen Garn in 60 Stunden liefert, dasselbe Quantum Baumwolle 2700 Arbeitstage von 10 Stunden oder 27 000 Arbeitsstunden absorbieren würde.“

In solchen Berechnungen berauschten sich damals förmlich die Vertreter des Kapitals, wie man an derselben Stelle bei Marx („Kapital“, Band 1, Kapitel 13, 2) weiter nachlesen kann, um die ungeheure Überlegenheit des Maschinenbetriebes und damit den gewaltigen Kulturfortschritt, den die Menschheit ihm verdankt, aller Welt deutlich vor Augen zu führen. Gerade wie jetzt Herr Dernburg sich in Phantasien über die Fruchtbarkeit der deutschen Kolonien berauscht. Nur mit dem kleinen Unterschiede, daß Leute zur Zeit unserer Großväter sich auf nüchterne, reelle Zahlen stützten und niemandem einzureden versuchten, daß aus verloren gegangenen alten Strümpfen eine Baumwollplantage erwachsen könne.

Aber in ihrem Freudenrausche übersahen sie vollständig, daß all der ungeheure Reichtum, den die Maschine schuf, nicht verhindern konnte, ja vielmehr gerade die Ursache wurde, daß ungeheure Menschenmassen aus der Arbeit gedrängt wurden und angesichts dieser Reichtümer am Hunger zugrunde gingen! Und wenn man sie darauf hinwies, dann faßten sie das so auf, als sollte der Maschinenbetrieb wieder beseitigt werden, und schalten, die so redeten, Feinde des Kulturfortschritts, während eine klare Überlegung doch zeigt, daß keineswegs die Maschine, wohl aber die kapitalistische Anwendung der Maschinen jenen Jammer verschuldete.

Nicht genau so, aber doch so ähnlich liegt heute die Sache mit der Kolonialpolitik. Zweifellos ist die Erschließung wilder Länder ein Kulturfortschritt. Aber nur dann, wenn sie wirklich die Reichtümer von dort holt und sie den Menschen, d. h. allen Menschen oder wenigstens ihrer überwiegenden Mehrheit zugute kommen läßt. Das ist aber keineswegs Ziel und Zweck der kapitalistischen Kolonialpolitik. Diese will vielmehr weiter nichts, als dem in den Kolonien angelegten Kapital Profit zuwenden. Ihre Ursache ist das, was man die „Überfüllung des heimischen Marktes“ zu nennen beliebt, nämlich die Tatsache, daß in der Heimat die Masse des Volkes nicht so viel kaufen kann, wie das Kapital verkaufen muß, um Profit zu machen. Das kommt aber keineswegs daher, daß das Volk etwa mit Bedarfsartikeln übersättigt wäre, sondern gerade umgekehrt daher, daß das Volk infolge kapitalistischer Ausbeutung nicht so viel kaufen kann, wie es braucht und haben möchte. Der Profit, der hier nicht mehr gemacht werden kann, soll deshalb aus den Kolonien geholt werden. Folglich wird das Kapital aus den Kolonien keineswegs Naturschätze für jedermann holen, sondern nur solche, an denen es Profit machen kann. Und gerade wie es in der Heimat ein Hindernis wird für alle Kulturaufgaben großen und größten Stils, die zwar für die Gesamtheit unentbehrlich sind, an denen aber unmittelbar nichts zu verdienen ist, gerade so wird es auch in den Kolonien auf die Dauer als ein Hemmnis ihrer Erschließung sich erweisen.

Wirkliche Kulturaufgaben wird auch in den Kolonien nur eine sozialistisch organisierte Gesellschaft zu lösen vermögen, die nicht für den Profit, sondern für den Nutzen der Allgemeinheit arbeiten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Im Reichstag ging am Montag die Etatsdebatte weiter. Zuerst ergriff das Wort der Junker v. Löbell, der sich während seiner kurzen Reichstagszeit dadurch unsterblich machte, daß er in der Zuchthausvorlage den Kampf des Glaubens wider den Unglauben verkörpert sah. Besagter Junker ist, seitdem nicht ohne daß Miquels Gnadensonne seine Entwickelung befördert hätte, vom Landrat in Westhavelland zum Chef der Reichskanzlei aufgestiegen und fungiert als solcher als Regisseur aller Techtelmechtelei mit den diversen Parteiführern im Reichstage und im Dreiklassenparlament. So hat er denn auch wegen des Pöplau mit Erzberger eine Unterredung gehabt. Er hat darüber ein einseitiges Protokoll aufgenommen und krebst nun mit diesem herum. Wir haben keine Veranlassung, uns für den Heros Erzberger zu erwärmen, aber das Beifallsgebrüll, mit welchem das Hottentottenkartell den Löbellschen Verstoß begleitete, ist bezeichnend für die Genügsamkeit, mit der die kartellierten Politiker sich geistige Waffen von der Regierung liefern lassen. Der christlich-soziale Behrens vermengte einige sozialpolitische Forderungen mit Zetern über die Sozialdemokratie. Scharf und schneidig, nicht ohne Witz sprach der elegante Polengraf Mielezinsky. St. Paasche auf dem Präsidentenstuhl wurde wieder einmal nervös. Den nationalliberalen Herren scheinen ihre Tropenspritztouren schlecht zu bekommen. Herr von Hertling, Vertreter des konservativen Zentrumsflügels, Aristokrat, Sozialistenfeind, Sammlungspolitiker, sah sich genötigt, gegen Freund Bülow zu polemisieren, den er bei der Algeciasdebatte mit mehr Eifer als Tatsachenkenntnis verteidigt hatte. Herr v. Hertling erledigte sich nicht ungeschickt der neuen Aufgabe. Sehr hübsch war sein Nachweis, daß Fürst Bülow alle seine Tiraden gegen den Mißbrauch der ausschlaggebenden Zentrumsstellung dem Fürsten Bismarck entlehnt hat. Nur daß die Bismarckschen Anklagen sich gegen die — nationalliberale Partei richteten. So hat die politische Elster aus der Wilhelmstraße gleichzeitig Clemenceau und Bismarck geplündert; dem ersteren ist bekanntlich wörtlich der Kriegsruf vom 13. Dezember entlehnt. Dann sprach Genosse David. Er tröstete den Zentrumsredner, die Trennungsschmerzen würden nicht ewig währen. Schon sehnt sich der konservative Teil des neuen Ehepaares ins ultramontane Ehebett zurück. Über die Paarung, die schon Graf Mielezinsky witzig verspottet hatte, fand unser Redner neue Wendungen ätzenden Hohnes. Gegenüber Bülows nun allmählich ekelhaft werdendem Krebsen mit Dresden betonte er die unbedingte Parteitreue der als revisionistisch bezeichneten Parteigenossen. In glänzender Weise legte unser Redner dar, daß die preußische Junkerpolitik wahrhaft antinational ist und daß es die Sozialdemokratie ist, welche die wirklichen Interessen der Nation vertritt. Ergötzlich waren die Proben vom guten Ton der Gegner, die Genosse David gab. — Nachdem Erzberger noch in einer persönlichen Bemerkung für den folgenden Tag Abrechnung mit Löbell in erfreuliche Aussicht gestellt hatte, vertagte das Haus die Weiterberatung bis Dienstag.

Geistiges Proletariat. Die „Kreuz-Zeitung“ klagt wieder einmal über das Wachstum des geistigen Proletariats, das sich je länger, je mehr zu einem schweren, für den Staat und seine gesunde Fortentwickelung gefährlichen Mißstande auswachse. Aus den Reihen dieses geistigen Proletariats gingen geistig Geschulte für alle Unzufriedenen, den Bestand der Staats- und Rechtsordnung bedrohlich auftretenden Bewegungen hervor. Die wurzellos gewordenen Existenzen mit akademischer Bildung seien zum großen Teil stets bereit, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten in den Dienst destruktiver Tendenzen zu stellen.

Im einzelnen weist dann die „Kreuz-Zeitung“ an Zahlen nach, daß z. B. die Zahl der Juristen und Mediziner ganz unverhältnismäßig anwachse. So habe die Zahl der preußischen Juristen an deutschen Hochschulen 1903/1904 3645 betragen, während der normale Bedarf an Nachwuchs nur 2800 betrage. Schlimmer noch sei es um die Zahl der Mediziner bestellt. Die Zahl der Ärzte in Preußen habe sich 1905 auf 18 841 belaufen, so daß auf einen Arzt nicht ganz 2000 Einwohner entfielen. In den großen Städten sei aber das Verhältnis noch viel ungünstiger.

Diese Klagen, wie sie alle paar Jahre durch die bürgerliche Presse zu gehen pflegen, beweisen geradezu klassisch die Sinnlosigkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Wie die kapitalistische Produktionsweise eine materielle Überproduktion erzeugt, trotzdem die breitesten Massen des Volkes an den notwendigsten Verbrauchsmitteln schlimmsten Mangel leiden, so erzeugt auch das kapitalistische Bildungswesen eine Überproduktion an akademisch Gebildeten, trotzdem der Prozentsatz derer, die den nach unseren Bildungs-Verhältnissen höchstmöglichen Grad von Bildung sich anzueignen vermögen, an der Zahl der Bevölkerung gemessen ein erschreckend minimaler ist! Wie der Kapitalismus infolge des Eigentums an Produktionsmitteln, infolge des Lohnsystems, der Masse des Volkes niemals die Teilnahme an der materiellen Kultur gestattet, so verwehrt er ihr auch nach den immanenten kapitalistischen Gesetzen die Teilnahme an der geistigen Kultur!

Die Sinnlosigkeit dieses kapitalistischen Systems offenbart sich hier aber obendrein noch ganz besonders an den Beispielen, die das konservative Organ für die geistige Überproduktion anzieht. Jedermann weiß, wie handwerksmäßig namentlich auf dem Gebiete des Strafprozesses die Fälle abgetan zu werden pflegen, wie arme Teufel in ein paar Minuten verdonnert werden, weil die

Zahl der Richter eine so geringe ist. Sie ist sogar so gering, daß man nicht einmal die Berufung in Strafsachen zugestehen will! Ebenso ist es bei den Ärzten. Wenn es natürlich auch, namentlich in Großstädten, einen Prozentsatz von Medizinern gibt, die keine „standesgemäße" Einnahmen besitzen, so wird auf der anderen Seite doch kein Verständiger bestreiten wollen, daß eine gewissenhafte Behandlung der Erkrankungsfälle sogar der zwei- oder dreifach höheren Zahl von Ärzten vollauf Gelegenheit zu ausreichender Tätigkeit geben würde!

Daß trotz alledem die Zahl der akademisch Gebildeten unseren Staatserhaltenden schon zu groß ist, daß sie den Prozentsatz dieser Gebildeten noch verringern möchten, sollte für jeden Einsichtigen als durchschlagendster Beweis der Kulturfeindlichkeit unseres ganzen kapitalistischen Systems gelten!

Leutwein über südwestafrikanische Herrenpolitik. Ein Redaktionsmitglied der „Münchener Neuesten Nachrichten" hat den Gouverneur a. D. Leutwein über die in Südwestafrika beliebte Versklavungspolitik gegenüber den Eingeborenen interviewt. Generalmajor Leutwein erklärte:

„Haben die Eingeboren in Südwestafrika dieser Feindschaft früher durch Aufstände Ausdruck gegeben, so werden sie solches künftig durch Weglaufen aus den Lokationen oder aus ihren Dienststellen und durch Bildung von Räuberbanden tun. Und bei der Art des landwirtschaftlichen Betriebes in Südwestafrika kann eine lediglich mit Kirris bewaffnete Räuberbande diesen Betrieb auf weiten Umkreis lähmen. Wir werden dann aus dem kostspieligen System des bewaffneten Schutzes jeder einzelnen Farm nicht herauskommen. Wenn wir z. B. unsere unter schweren Opfern errungene Machtstellung in Südwestafrika jetzt dazu benützen würden, die Eingeborenen für immer politisch machtlos zu machen, so sei dies eine gesunde Herrenpolitik. Wenn wir jedoch jedem einzelnen Eingeborenen sein Selbstbestimmungsrecht nehmen und ihn zu einem sklavenähnlichen Dasein verurteilen wollten, so würde er dies eine ungesunde Herrenpolitik nennen."

Man sieht, der ehemalige Gouverneur von Südwestafrika geht in seinen Konzessionen sehr weit. Die Zwangsenteignung der besiegten Eingeborenen hält er für durchaus berechtigt. An dem „Herrenrecht der Sieger" nimmt er keinen Anstoß. Nur daran, daß man die Eingeborenen zu Sklaven degradiere und dadurch zu immer neuen Desertionen und Feindseligkeiten zwinge.

Generalmajor Leutwein ist in seiner Art als Kolonialpolitiker sicher ein humaner Mann; aber seine Theorie von dem „Herrenrecht" der weißen Eindringlinge ist gleichwohl eigenartig. In letzter Zeit ist ja Heinrich v. Kleist zitiert worden. Auch wir möchten diesen Dichter einmal zitieren. In seiner „Hermannschlacht" entgegnet Hermann der Cherusker einem gefangenen Römer, der sich ihm gegenüber auf das Völkerrecht beruft, mit folgenden Worten:

„Du weißt, was recht ist, Du verfluchter Bube,
Und kamst nach Deutschland, unbeleidigt,
Um uns zu unterdrücken?
Nehmt eine Keule doppelten Gewichts
Und schlagt ihn tot."

Wenn der seines Prinzen von Homburg wegen, allerdings etwas verspätet, zum Hohenzollernpoeten avancierte Heinrich v. Kleist den germanischen Barbaren solche Rechte der Landesverteidigung einräumt, wie würde er erst über das Widerstandsrecht der afrikanischen Barbaren gegen ihre weißen Bedrücker geurteilt haben!

Leutwein warnt vor der Versklavung der Eingeborenen, weil dann der Krieg mit immer sich neu bildenden Räuberbanden unabsehbar sei und der „bewaffnete Schutz jeder einzelnen Farm niemals sein Ende finden werde. Den Anhängern einer südwestafrikanischen Kolonialarmee würde freilich gerade aus diesem Grunde ein solches System doppelt willkommen sein!

Vom Bureaukratismus in Südwestafrika erzählt der Missionar Schowalter im „Reich" noch folgendes hübsche Stückchen:

„Ich muß vorausschicken, daß wir in Südwest Zollfreiheit und von Swakopmund aus Frachtfreiheit genießen. Eines Tages bekommt einer meiner Bekannten einen Schinken gesandt, von dem aber, wie von vielen Sendungen, nur ein Teil ankam, in unserem Falle nur die Postpaketadresse. Um sich und der Post Weiterungen zu ersparen, verzichtete der Adressat auf den Schinken und begnügte sich mit der Postpaketadresse. Der Behörde ließ die Sache aber keine Ruhe, und so traf eines Tages bei meinem Bekannten eine Aufforderung ein — den Zoll für den gestohlenen Schinken nachzuzahlen. Er sträubte sich, aber die Berechtigung der Nachforderung wurde ihm logisch klar nachgewiesen. „Es ist anzunehmen", so folgerte die Zollbehörde, „daß der Schinken gestohlen worden ist von jemandem, der keinen Anspruch auf Zollfreiheit hat. Also . . ." Und er ging hin und zahlte. Später bekam er sein Geld wieder zurück, als er drohte, die Sache dem „Kladderadatsch" zu melden."

Schowalter schließt seine Betrachtungen mit folgenden beherzigenswerten Worten:

„Wir haben zu viel Beamte. Da hilft es auch nicht, daß man jetzt auch noch von den Bureauroständen der Bezirksämter die Reserveoffiziersqualifikation fordert, sondern dadurch wird die Sache nur noch schlimmer werden. Man regiere einmal weniger und lasse die Bevölkerung so viel als möglich selbst sehen, wie sie zurecht kommt. Wir wollen ja keine Beamtenkolonie, sondern eine Siedlungskolonie. Leben im Lande ist die Hauptsache, nicht das Steuern."

Ja, so denkt das gemeine Zivilpublikum. Aber die Herren Bureaukraten wissen es besser. Wenn sie nicht reglementieren, dann könnte ja die Welt zu grunde gehen. So meinen wenigstens sie. In Wirklichkeit halten sie nur eine verständige Entwickelung der Dinge auf.

Die Frist zur Einreichung von Wahlprotesten gegen die Reichstagswahlen ist gestern abgelaufen. Bisher sollen gegen 77 Wahlen Proteste eingegangen sein.

Die Haager Friedenskomödie wird Anfang Juni ihren Anfang nehmen und zwei bis drei Monate dauern. Einen positiven Erfolg wird sie leider nicht zeitigen.

Die Diätenfrage für den neuen Reichstag ist jetzt so geregelt, daß jeder Abgeordnete am 1. März 800 Mark erhalten hat, am 1. April 600 Mark und am Schluß der Session 1000 Mark erhalten wird.

Sächsisch-deutsche Gastfreundschaft. Die sächsische Regierung hat acht Russen wegen Beteiligung bei den Reichstagswahlen zu gunsten der Sozialdemokraten ausgewiesen. — Durch diese Ausweisung wird das Ansehen Deutschlands im Auslande gewiß nicht gehoben werden.

Früher Triumph. Die Bülowsche Gnadensonne blendet dem armen Freisinn, der als kümmerliches Kellerpflänzchen immer im Dunkeln hockte, den Blick. So glaubt sich die „Freisinnige Zeitung" eine Verhöhnung der „Deutschen Tageszeitung" leisten zu können. Wie ein Alp lastet auf der Brust der „Deutschen Tageszeitung" das Projekt der Börsenreform und des amerikanischen Handelsvertrages, und Tag für Tag quäle sich die Redaktion im Schweiße ihres Angesichts ab, zweimal zum mindesten je einen Artikel gegen die Börse und gegen Amerika zu schreiben.

„Wahrhaftig, für die Redakteure der Deutschen Tageszeitung ist es jetzt keine Lust zu leben!"

So die brave „Freisinnige Zeitung!" Sie will es auch einmal so gut haben wie andere Leute. Aber es wird ihr schlecht bekommen. Denn die freisinnigen Vögel, die so früh singen, holt die konservative Katze. Denn daß es für die Getreuen des Bündlerblattes eine Lust sein wird, unter dem agrarischsten aller Reichstage zu leben, hat schon die übermütige Siegerstimmung im Zirkus Busch bewiesen.

Die Verlustliste aus Südwestafrika weist 1 Toten und 1 Verwundeten auf.

Die Kolonialarmee. Wer bis jetzt noch daran gezweifelt hat, daß das Streben der Regierung und der ihr nahestehenden Kreise auf Schaffung einer ständigen Kolonialarmee hinausläuft, dem werden jetzt zweifellos die Augen geöffnet werden durch eine Ansprache, die Oberst v. Deimling bei der Parade der südwestafrikanischen Truppen in Windhuk hielt. Er sagte u. a.:

„Nach der Niederwerfung des Aufstandes im Süden wird man an eine weitere Verminderung der Schutztruppen gehen dürfen. In welchem Maße und in welchem Tempo diese Verringerung vor sich geht, wird von dem Fortschreiten der Pazifizierung des Landes abhängen. Jedenfalls müsse aber für alle Zeit eine so starke Truppe im Lande bleiben, daß jeder Aufstandsversuch sofort im Keime erstickt werden kann, sodaß ein Riesenbrand, wie wir ihn soeben mit Blut gelöscht haben, ausgeschlossen ist. So wird für jeden von Euch der Zeitpunkt kommen, wo er den Heimatswimpel hissen kann. Bis dahin erwarte ich, daß Ihr mir stramm und treu durchhaltet. Behaltet stets im Sinne, daß die Augen Eures Kaisers und Eures Vaterlandes auf Euch gerichtet sind. Bewahrt den guten Ruf, den die Schutztruppe in der ganzen Welt errungen hat. Als bestes Gegenmittel gegen Verfehlungen kann ich Euch Vermeidung des Alkohols empfehlen."

Die Rechnung für diese Kolonialarmee wird dem deutschen Volke schon früh genug präsentiert werden. Wir zweifeln nicht, daß angesichts derselben mancher „nationale" Wähler einsehen wird, daß er sich am 25. Januar resp. 5. Februar selbst seine eigene Rute gebunden hat.

Über den Stichwahlkuhhandel zwischen dem Zentrum und den Nationalliberalen hat der nationalliberale Professor Moldenhauer jüngst im nationalliberalen Verein in Köln Mitteilungen gemacht, die deshalb von weitergehendem Interesse sind, weil sich daraus ergibt, daß die Regierung die Hand dabei im Spiel hatte und auch mit dem Zentrum verhandelte, gegen das ja angeblich die Bülowsche Wahlparole gerichtet war. Es geht weiter daraus hervor, daß das Zentrum in den Wahlkreisen Bochum, Duisburg und Bielefeld bereit war, dem nationalliberalen Kandidaten, d. h. den Vertreter des protzigsten industriellen Großbesitzes, gegenüber der Sozialdemokratie zu helfen. Das liebliche Schachergeschäft ist auch nicht am Zentrum, sondern an der Begehrlichkeit der Nationalliberalen gescheitert, die noch mehr verlangten, als das Zentrum bieten konnte.

Ueber die Schacherei ist ja schon vor den Stichwahlen allerlei geschrieben, jedoch genaues nicht bekannt geworden. Nach Professor Moldenhauers Erzählung wurde ihm in einer Besprechung am 2. Februar durch die Regierung folgendes schriftliche Angebot des Zentrums überreicht:

„1. die Zentrumspartei, die nationalliberale und die freisinnige Partei haben sich geeinigt, ihre Wähler in den nachbenannten Wahlkreisen zur Wahl der folgenden Kandidaten in der Stichwahl vom 5. Februar 1907 aufzufordern: 1. in Altena-Iserlohn des Oberlandesgerichtsrats Müller; 2. in Bielefeld-Wiedenbrück des Staatsministers Exzellenz v. Möller; 3. in Bochum-Gelsenkirchen des Oberbürgermeisters Dr. Haarmann: 4. in Köln-Stadt des Justizrat Carl Trimborn; 5. in Duisburg des Formers Jung; 6. in Düsseldorf des Amtsgerichtsrats Kirsch; 7. in Elberfeld-Barmen des Oberlehrers Lanz; 8. in Essen des Arbeitersekretärs Giesberts; 9. in Lennep-Mettmann des Prof. Eickhoff. Für den Fall also, daß die nationalliberale und freisinnige Partei sich bereit erklären, in den Wahlkreisen Köln, Düsseldorf und Essen für die Kandidaten der Zentrumspartei einzutreten, ist die Zentrumspartei bereit, in gleicher Weise für die Kandidaten der genannten anderen Parteien einzutreten.

2. Im Falle des Zustandekommens dieses Kompromisses werden von den Parteileitungen in den einzelnen Wahlkreisen gemeinschaftliche Aufforderungen in Gemäßheit der Abmachung erlassen.

3. Das Kompromiß gilt für die Zentrumspartei nur dann als angenommen, wenn außer der Parteileitung die noch vor Sonntag abzuhaltende allgemeine Wählerversammlung der vereinigten liberalen Parteien zu Köln in ihrer Mehrheit diesem zugestimmt, und beide Zustimmungen bis Sonnabend, den 2. Februar, abends 11 Uhr, dem Rechtsanwalt Urban Stein hier mitgeteilt worden sind."

Die letztere Forderung sei für die Liberalen unerfüllbar gewesen und nur als Hohn aufgefaßt worden. Es sei schließlich von dem ganzen Kompromiß nichts übrig geblieben, als eine stille Vereinbarung zwischen Bochum und Essen.

Danach war also schon vor den Stichwahlen die Regierung von ihrer angeblichen Zentrumsfeindschaft soweit kuriert, daß sie helfen wollte, die Wahlgeschäfte des Zentrums zu besorgen, wenn dieses seinerseits den „nationalen" Parteien seine Hilfe lieh. Dazu war das Zentrum ja auch bereit. Es glaubte die katholischen Arbeiter sogar für die Kandidaten der Zechenkönige ins Feuer bringen zu können. Ob die Arbeiter Folge geleistet hätten, ist freilich fraglich. Vielleicht sind aber auch die Zentrumsherren von der jesuitischen Erwägung ausgegangen, daß sie ohne Gefahr die Parole „Für die Nationalen" ausgeben konnten, weil die katholischen Arbeiter doch nicht folgen würden. In beiden Fällen erscheint die Wahlmoral des Zentrums in gleich bedenklichem Lichte.

Rußland.

Der Zar und die „schwarze Bande". Die „Russ. Korr." enthält das nachstehende Telegramm aus Petersburg: Hier findet eine Rede große Beachtung, die der bekannte Antisemit Kruschewan auf einem Meeting vor seinen Wählern gehalten hat. Er sagte: Er werde in der Duma offen erklären, die Geduld des russischen Volkes sei erschöpft, es werde der Boden mit Blutströmen getränkt werden. Die Welt werde staunen über das schreckliche Volksgericht. Obgleich diese Rede bekannt ist, erfahre ich aus bester Quelle, daß die Dumadeputierten des „Verbandes des russischen Volkes" mit Kruschewan an der Spitze vom Zaren in Audienz empfangen werden sollen. Ein derartiges Entgegenkommen gegenüber der „Schwarzen Bande" beim Ausbleiben eines allgemeinen Empfanges und einer Thronrede wird hier als direkte Provokation für die Majorität der Duma aufgefaßt. Sollte der Empfang stattfinden, wie man voraussetzt, so würde damit die politische Situation grell beleuchtet.

Ein Demonstrationsstreik. Die sozialdemokratischen Fabrikarbeiter Petersburgs beschlossen, am Tage der Duma-Eröffnung einen eintägigen Demonstrationsstreik zu veranstalten.

Die Duma ist heute mittag 12 Uhr eröffnet worden. Von 493 bis Sonntag gewählten Abgeordneten gehören 311 der Linken an.

Massenhaussuchung. In Petersburg umzingelten am Sonntag früh etwa 1500 Polizisten das Polytechnikum und nahmen in mehreren Studentenwohngebäuden Haussuchungen vor, bei denen an verschiedenen Stellen etwa ein Dutzend Bomben, sowie 10 Schnellfeuergewehre, 2 Pfund Dynamit, Handgranaten und Pyroxilin entdeckt wurden. Die Haussuchungen dauerten bis zum Nachmittag. Fünfzehn nicht der Studentenschaft angehörige Personen, unter ihnen mehrere Frauen, wurden verhaftet. Unter den Verhafteten befanden sich auch mehrere Dumamitglieder, diese wurden jedoch freigelassen.

Attentat. In Lodz wurde auf der Straße der Offizier Gugoff von einem unbekannten Täter erschossen.

Frankreich.

Recht ungemütlich ging es in Montpellier anläßlich einer Kammernachwahl zu. Vor einigen Tagen wurde dem gemäßigt-republikanischen Kandidaten Leroy-Beaulieu infolge eines Attentats durch einen Schuß ein Arm zerschmettert. Als nun Sonntag der Genannte mit 8264 gegen 7349 gegnerische Stimmen gewählt wurde, fanden bei Verkündigung des Wahlresultats in Montpellier lärmende Straßenkundgebungen statt. Vor dem Gasthause, in welchem der verwundete Leroy-Beaulieu darniederliegt, sammelte sich eine große Menschenmenge, die Drohungen und Beschimpfungen gegen den Wiedergewählten ausstieß. Zwischen den Gegnern und Anhängern des Gewählten kam es im Laufe der Nacht wiederholt zu Schlägereien, wobei mehrere Personen verwundet wurden. Die Polizei, Gendarmerie und Truppen stellten mit Mühe die Ordnung wieder her.

Afrika.

Das neugebildete Ministerium von Transvaal setzt sich nunmehr folgendermaßen zusammen: Premierminister ist General Louis Botha, Kolonialsekretär und interimistisch Attorney-General wird Smuts, Schatzsekretär Hull; de Villiers übernimmt das Bergwerksministerium, Rissik das des Ackerbaus und der öffentlichen Arbeiten. Die Minister werden am Montag vereidigt. Das Parlament tritt sodann sofort zusammen, nimmt die Wahl des Sprechers vor und vertagt sich sodann bis Mai oder Juni.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 5. März.

Zuzug von Tischlern, Drechslern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Lübeck ist strengstens fernzuhalten.

Die Streikleitung.

Achtung, Steinarbeiter! Über die Kunstsandsteinfabrik von Brack u. Störmer ist von den Steinarbeitern die Sperre verhängt worden.

Der Vorstand.

Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins, welche gestern abend im „Vereinshaus" tagte, war sehr zahlreich besucht. Zunächst wurde das Andenken des verstorbenen Genossen Wulff in der üblichen Weise geehrt. Dann erhielt Genosse Stelling das Wort zu seinem Vortrage über das Thema „Feuerbestattung". Eingangs seiner Ausführungen ging Redner auf die verschiedenen Arten der Bestattung überhaupt ein, dabei einen historischen Rückblick auf die Bestattungssitten der Völker des Altertums werfend. Nachdem der Referent noch besonders auf die hygienischen Nachteile der Erdbestattung hingewiesen hatte, trat er warm für die Feuerbestattung ein, gegen die nicht einmal vom christlichen Standpunkte etwas einzuwenden sei. Die Errichtung eines Krematoriums sei auch für Lübeck eine Notwendigkeit. Die Kosten der Einäscherung würden sich nicht höher stellen als die der Erdbestattung, wenn in Lübeck ein Krematorium vorhanden wäre. Die etwa einstündigen Ausführungen des Genossen Stelling wurden sehr beifällig aufgenommen; eine Diskussion fand nicht statt. Zum Punkt „Maifeier" wurde beschlossen, die Feier des 1. Mai in der bisherigen Weise zu begehen und den Preis der Teilnehmerkarte auf 30 Pfg. festzusetzen. Weitere Einzelheiten wird zunächst der Vorstand und Ausschuß zu beraten haben. Als Distriktsführer wurde darauf der Genosse Schuster bestätigt. Zu Mitgliedern für ein eventuell in Sachen Wiechert zu ernennendes Schiedsgericht wurden die Genossen Stelling, Maaß und Wicke bestimmt. Im Falle einer der Vorgenannten verhindert ist, wird der Vorstand einen Stellvertreter nominieren. Im

Verschiedenen forderte der Genosse Kewe auf, in den Werkstätten und auf den Arbeitsplätzen rege für den Erwerb des Bürgerrechts zu agitieren, da jedenfalls unsere Gegner alle möglichen Anstrengungen machen werden, um unsere Kandidaten aus dem Felde zu schlagen. Darauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Die Ortskrankenkasse zu Lübeck hatte am 1. März 1907 16 202 Mitglieder gegen 15 039 im Jahre 1906. Auf Männer entfielen davon 11 239 (1906: 10 476) auf Frauen 4963 (1906: 4563). Erwerbsunfähigkrank waren am letzten Februar 1907 Männer 406 (1906: 315) und Frauen 281 (1906: 268). Ausweisscheine für Familien-Angehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im Februar 1907 1080 (1906: 1012) erteilt. Sterbegeld wurde im Februar 1907 für Mitglieder in 9 Fällen, für Angehörige in 31 Fällen gezahlt. Wegen verspäteter Meldung zur freiwilligen Fortsetzung der Mitgliedschaft im Anschluß an eine beendete versicherungspflichtige Beschäftigung haben trotz verschiedentlicher Hinweise noch immer Abweisungen ergehen müssen, weil die Mitglieder die für die Meldung vorgesehene Frist von einer Woche seit Ausscheiden aus der Beschäftigung unbeachtet gelassen haben. Wer diese Frist aber verstreichen läßt, kann im Anschluß an die beendete Beschäftigung die Fortsetzung der Mitgliedschaft nicht mehr erlangen.

Der Zucker soll wieder teurer werden und zwar das Pfund um mindestens 5 Pfg. Der Börsenbericht besagt: Nachdem der Zucker sehr im Preise gedrückt gewesen, macht sich seit einigen Tagen eine große Bewegung bemerkbar, hervorgerufen durch ungünstige Erntebericht aus Deutschland und Rußland. Der Konsum ist auch ganz bedeutend und nimmt von Jahr zu Jahr zu, und der dritte und wohl der Hauptgrund ist der, daß die deutschen Raffinerien einen Zusammenschluß planen, um ihre Lage zu verbessern. Die nächste Sitzung findet Anfang März statt; nur zwei Raffinerien von 40 haben ihren Beitritt noch nicht erklärt. Man spricht von einer Erhöhung von 5 Mk. für 100 Pfund. Infolge dieser Nachrichten haben Umsätze stattgefunden wie seit langer Zeit nicht; die Raffinerien haben ihre Notierungen fast täglich erhöhen müssen. Die Unternehmer, die Produzenten, verstehen besser wie die Arbeiter und Konsumenten durch engen Zusammenschluß ihre Lage zu verbessern. Nötig wäre, das letztere dem Beispiel folgten und gleichfalls mit allen Mitteln versuchten, eine Besserung ihrer traurigen Lage herbeizuführen, was tausendmal notwendiger wäre, als die der Zuckerbarone.

Mit dem Hamburger Dampfer „Elisabeth“, der bereits 12 Tage überfällig und wahrscheinlich ein Opfer der schweren Stürme geworden ist, sind leider auch zwei Lübecker Seeleute Opfer der See geworden. Hermann Nielaus und Karl Brandt, die für gewöhnlich am hiesigen Hafen als Schauerleute tätig sind, hatten infolge der geringen Arbeitsgelegenheit als Matrosen auf der „Elisabeth“ angemustert und machten die letzten Reise des Schiffs von Schottland nach Hamburg, auf welche das Schiff verschollen ist, mit. Beide sind Familienväter.

Von der Schiffahrt. Im Monat Februar kamen 68 Seeschiffe, und zwar 67 Dampfer und 1 Segler. Auf dem Kanalwege gelangten infolge der Eisverhältnisse 12 Schiffe nach hier, während 24 von hier abgingen.

Der Norddeutsche Lloyd in Lübeck. Einem hiesigen Blatte wird mitgeteilt, daß auch der Norddeutsche Lloyd in Bremen eine Dampferlinie zwischen hier und Libau einrichten wird, um russische Auswanderer nach hier zu befördern. Bereits in dieser Woche treffen 2 Dampfer mit Emigranten hier ein. Dieselben werden am Warenschuppen Nr. 26 gelandet, dort untersucht und dann mittels Extrazuges nach Bremerhaven befördert werden.

Aus dem Gerichtssaal. Wegen Betruges hatte sich am Sonnabend der Abteilungsvorsteher am Stadt- und Landamt H. vor der Strafkammer zu verantworten. Er war s. Zt. vom Schöffengericht zu 500 Mk. Geldstrafe verurteilt worden, und zwar wegen folgender Straftat: Um seine Vermögensverhältnisse aufzubessern, hatte er seine Schwiegermutter dazu bestimmt, bei einem Rentier eine Anleihe von 2000 Mk. für ihn zu machen, unter dem Vorgeben, er könne eine Stelle in der Senatskanzlei erhalten, müsse aber 2000 Mark Kaution stellen. Der Rentier gab daraufhin 1000 Mk. her, doch stellte sich bald der Schwindel heraus. Gegen das erste Urteil hatte H. Berufung eingelegt. Da seine Schwiegermutter inzwischen gestorben ist, so stellte er die Sache wesentlich anders dar. Das Beweismaterial war aber so erdrückend, daß die Strafkammer auf sechs Wochen Gefängnis erkannte. H. war hier früher eine sehr geachtete Persönlichkeit und auch den Vertretern auswärtiger Zeitungen bekannt, da er diesen gelegentlich der Einweihungsfeier des Elbe-Trave-Kanals vom Senat zur Information gestellt worden war.

Sommertheater in der Stadthalle. Die Winterspielzeit unter der Direktion Piorkowski endet am Ostermontag den 1. April, sodann bleibt das Theater in der Stadthalle 10 Wochen geschlossen, während welcher Zeit die erheblichen Umbauten gemacht werden, um am 16. Juni wieder als Sommertheater gleichfalls unter der Direktion Piorkowski eröffnet zu werden. Die Umbauten werden sich auf folgende Teile erstrecken. Zunächst wird die Decke 5 Meter tiefer gelegt und erhält eine gerade Fläche, somit fällt die Wölbung fort. Die Logen im 1. Rang werden bis an die Bühnenöffnung gezogen und jede Loge für sich abgeschlossen. Im Parkett werden rechts und links zwischen den Säulen gleichfalls Logen eingebaut, die hinteren Säulen werden bis an die Decke gezogen, sodaß der Raum zirka 12 Meter kleiner wird, dadurch auch intimer. Das Parkett erhält durchweg Klappsitze. Durch all diese Veränderungen erhält das Theater ein sehr gemütliches Aussehen. Da auch der Garten große Veränderungen, Glasveranden 2c. erhalt, wird sicherlich die Stadthalle in dieser Spielzeit ein beliebter Sommeraufenthalt werden. Direktor Piorkowski wird das Lustspiel und die Operette kultivieren mit durchweg ersten Kräften. U. A. ist Max Schütz, das beliebte Mitglied des alten Stadttheaters, jetzt am Deutschen Theater in Berlin, als Gast für die Saison verpflichtet worden. Vor allem werden im Stadthallentheater während der Sommerspielzeit die Preise sowohl der Tagesbillets als auch der Abonnements auf das denkbar niedrigste normiert, sodaß jedermann Gegenheit haben wird, das Theater zu besuchen.

Öffentliche Ausstellung der Theaterneubaupläne. Der Entwurf für den auf dem Baugelände zwischen der Becker- und der Fischergrube zu errichtenden Neubau eines städtischen Theaters, für dessen Ausführung die Theaterbaukommission die Genehmigung des Senats und der Bürgerschaft beantragt hat, wird am Dienstag den 5., Mittwoch den 6. und Donnerstag den 7. März d. J. während der Stunden von 10 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags in der Katharinenkirche zur Besichtigung durch das Publikum ausgestellt sein.

Schlachtviehbeschau-Kursus. Es wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß am Montag, den 8. April ds. Js., vormittags 10 Uhr, auf dem hiesigen Schlachthofe ein Unterrichtskursus in der Schlachtvieh- und Fleischbeschau sowie in der Trichinenschau beginnt. Die sich anschließende Prüfung findet am 7. Mai ds. Js. statt. Anmeldungen zum Unterricht und zur Prüfung sind unter Beifügung eines selbstgeschriebenen Lebenslaufs, eines Geburtsscheins, eines Gesundheitsattestes und eines behördlichen Führungszeugnisses bis zum 25. März ds. Js. beim Vorsitzenden der Prüfungskommission, Dr. Lange, einzureichen.

Viehein fuhr. Im vergangenen Monat wurde an lebendem Schlachtvieh seewärts eingeführt: 850 Rinder, 1 Kalb, 4 Schafe; 850 Rinder und 4 Schafe stammten aus Dänemark, das übrige Vieh aus Schleswig-Holstein.

In Puls Universum findet der humoristische Bockbierabend nicht am Donnerstag, wie gestern irrtümlich gemeldet wurde, sondern heute, Dienstag, statt.

Stadttheater. Aus der Theaterkanzlei wird uns geschrieben: Mittwoch findet keine Vorstellung statt, da in den Räumen die Festlichkeiten des Chorsänger-Verbandes abgehalten werden. Donnerstag wird neueinduziert die Oper „Martha“ oder „Der Markt zu Richmond“ gegeben. Gerade in dieser Oper hat Flotow so ins Ohr schmeichelnde Melodien geschaffen, daß diese zu den volkstümlichsten deutschen Opern und dem eisernen Bestande jedes Stadttheaters gehört. Am Freitag gelangt der Schwank von Dreyer „Das Tal des Lebens“ zur Aufführung. Das Stück hat durch seinen Inhalt Aufsehen erregt, man amüsierte sich köstlich bei den drolligen Späßen, die der Autor in reichem Maße darin verteilt hat.

Schönberg. Ein arger Sünder ist der Knecht Ehsemann aus Schwanbeck. Derselbe stellte sich hier freiwillig der Behörde und gab an, daß er das Schadenfeuer bei seinem Dienstherrn, dem Hauswirt Riechhoff in Schwanbeck, fahrlässig verursacht habe. Im Schöffentermin leugnete er alles, und der Termin mußte ausgesetzt werden, weil das Gericht auch nicht zuständig war. Gleich nach der Verhandlung legte er aber ein volles Geständnis ab, und zwar gab er an, daß er das Riechhoffsche Gewese aus Rache in Brand gesetzt habe, weil er schlecht behandelt worden sei. E. hat hier früher auf dem Bahnhofe dreimal Feuer angelegt. In Sternberg hat er, als er in der Schuhmacherlehre war, zwei Scheunen in Brand gesetzt, und in Lübeck, wo er als Hausknecht diente, hat er ebenfalls eine Scheune angezündet.

Neumünster. Opfer ihres Berufs wurden gestern nachmittag die beiden städtischen Arbeiter Kreg und Rehwedder. Sie waren mit der Reinigung des Kanals beschäftigt, als der Vorarbeiter Schlimann Hilferufe hörte. Er holte eine Lampe und stieg in den Schacht. Da sah er die Arbeiter 20 Meter von dem Eingang entfernt mit dem Kopf im Wasser liegen. Mit Hilfe anderer Personen holte er die Verunglückten hervor. Der Arzt konnte nur den Tod durch Kloakendunst Vergiftung feststellen.

Plön. Gegen die Wahl des Abgeordneten Dr. Struve-Kiel im 9. schleswig-holsteinischen Wahlkreis hat Freiherr v. Hollen auf Schönweide im Namen des Vereins zur Förderung nationaler Bestrebungen im Kreise Plön und als Wähler Protest eingelegt mit der Begründung, daß die freisinnige Partei sich in ausgiebigem Maße die Unterstützung durch amtliche Organe der Reichspostverwaltung zu verschaffen gewußt hat. Ferner sollen in Wartesälen und Diensträumen einiger Bahnhöfe am Wahlkreise Wahlaufrufe für Dr. Struve angebracht gewesen sein, und die freisinnige Partei soll in ausgiebigem Maße Stimmkauf getrieben haben.

Rendsburg. Erfolgreiche Lohnbewegung. Eine von den Tischlergesellen eingeleitete Lohnbewegung hat jetzt seine Erledigung gefunden. Die Arbeitgeber sind bereit, den Gesellen 40 Pfg. Stundenlohn bei 9½stündiger Arbeitszeit zu gewähren. Bei Überstunden sollen 10 Prozent Aufschlag gezahlt werden. Der bisherige Stundenlohn betrug 35 Pfg. bei 10stündiger Arbeitszeit.

Hamburg. Schwere Schiffsunfälle, die sich in den letzten Tagen ereignet haben, werden jetzt gemeldet: Ein Telegramm aus Dover besagt: Sonnabend abend gegen 10 Uhr stießen die beiden deutschen Dampfer „Marsala“ aus Hamburg und „Helene“ aus Flensburg zusammen. „Helene“ sank; neun Mann ihrer Besatzung sind gerettet worden, acht werden vermißt. Der Londoner „Standard“ bringt über den Zusammenstoß folgende Einzelheiten: Die „Helene“ ist am Vorderteil getroffen und begann sogleich zu sinken. Es wurden Boote ins Wasser gelassen, in denen neun Mann entkamen. Der Kapitän, der erste Maschinist und sechs Mann der Besatzung sind nach dem Zusammenstoß nicht mehr gesehen worden. Als zwei Boote forttrieben, wurden Anstrengungen gemacht, ein drittes loszulassen. Den zwei Booten mit den neun Ueberlebenden gelang es, nahe bei einander zu bleiben. Der Nebel war aber so dicht, daß sie fast ziellos darauf losruderten. Über zwei Stunden lang hatten sie zu kämpfen, wobei sie aber fortwährend Sirenen pfeifen hörten und in Gefahr waren, überrannt zu werden, ehe sie Dover erreichten, wo sie mit Hilfe Vorliger Schiffer ihre Boote an den Strand zogen. — Ein anderer Bericht besagt, daß der Kapitän mit der Besatzung, die in einem Boot zurückblieben, zur „Helene“ zurückkehrten, da sie glaubten, sie würden nicht sinken. Es gelang ihnen, mit ihr bis auf die Höhe südlich von Goodwin zu dampfen und weiter bis auf die Höhe von Dover, wo das Schiff sie im Stiche zu lassen schien. Dann trieben sie in der Richtung nach Folkestone davon, und seitdem ist von dem Dampfer und der auf ihm gebliebenen Besatzung nichts mehr gehört worden. — Nach einem neueren Telegramm aus Flensburg ist die gesamte Besatzung der „Helene“ gerettet worden. — Über weitere Unfälle wird gemeldet: Der Hamburger Dampfer „Sterissa“ brachte den Kapitän und sieben Mann des Nachts infolge einer Kollision bei Borkum gesunkenen italienischen Dampfers „Congo“ hier her. Der übrige Teil der Besatzung des „Congo“, sowie der Hamburger Seelotse Eppendorf sind wahrscheinlich ertrunken. — Der hier eingetroffene Dampfer „Rapollo“ der Hamburg-Amerika-Linie überbrachte die aus acht Mann bestehende Besatzung des dänischen Schoners „Thekla“, mit dem er bei Nebel im englischen Kanal auf der Höhe von Hastings in Kollision gewesen war. Die Mannschaft des Schoners, der eine Eisladung hatte, verließ ihr Schiff und begab sich an Bord des Dampfers „Rapollo“. Die „Thekla“ ist später, allerdings mit Wasser gefüllt, in Dover eingeschleppt worden. — Der Hamburger Dampfer „Schlei“, mit einer Roggenladung von Wismar nach Aarhus unterwegs, ist Sonntag nachmittag an der Südspitze der Insel Langeland gestrandet. Das Schiff gibt seine Ladung an Leichter ab.

Hamburg. Schutz den Unternehmern. Wir haben vor einiger Zeit berichtet, daß die Zivilkammer des Landgerichts entschieden hat, daß die Klage des Arbeitgeberschutzverbandes in der Holzindustrie gegen den deutschen Holzarbeiterverband und den Vorsitzenden der Hamburger Zahlstelle, Neumann, begründet ist. Die Holzarbeiter hatten bekanntlich am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen, sie wurden von den Unternehmern deswegen drei Tage ausgesperrt und als Antwort darauf stellten die Arbeiter Lohnforderungen. Die Unternehmer bezeichneten diese Forderung als einen Bruch des abgeschlossenen Tarifvertrages und strengten Entschädigungsklage an. Die Begründung des Urteils der Zivilkammer liegt jetzt vor. Dort heißt es: „Der am 16. Mai 1905 zwischen den Parteien abgeschlossene Tarifvertrag setzt einen Mindestlohn fest und bestimmt ferner, daß während der Dauer des Vertrages von keiner Seite Forderungen irgend welcher Art gestellt werden dürfen. Der Holzarbeiterverband hat ausdrücklich erklärt, es sei selbstverständlich Pflicht jeder Partei, nicht nur den Wortlaut des Vertrags, sondern auch dessen Geiste entsprechend ihr Verhalten einzurichten. Dieser übernommenen Verpflichtung hat er zuwidergehandelt, indem er denjenigen seiner Mitglieder, die die Wiederaufnahme der Arbeit nach geschehener Aussperrung von einer Lohnerhöhung abhängig machten, eine sehr tatkräftige Unterstützung hat zuteil werden lassen. Er hat diese Mitglieder mit Geld unterstützt und es ist belanglos, ob man diese Unterstützung mit dem Namen Arbeitslosenunterstützung belegt oder ob man sie Streikunterstützung nennt. Der Verband kann sich nicht darauf berufen, daß er statutengemäß zur Gewährung einer solchen Arbeitslosenunterstützung an seine Mitglieder verpflichtet sei, denn er hatte dem Arbeitgeberschutzverbande gegenüber die Verpflichtung übernommen, den Tarif zu schützen, und dieser Verpflichtung gegenüber hat er gerade das Gegenteil getan, weshalb er für den entstandenen Schaden verantwortlich zu machen ist. Was endlich die Behauptung des Beklagten anbetrifft, nicht die Arbeiter, sondern die Arbeitgeber hätten den Vertrag gebrochen, so ist diese hinfällig, denn der Tarifvertrag hinderte weder die Arbeiter, am 1. Mai der Arbeit fernzubleiben, noch auch waren die Arbeitgeber verpflichtet, die ausgeschiedenen Arbeiter wieder einzustellen. Der Tarifvertrag wurde erst dadurch gebrochen, daß höhere Lohnforderungen gestellt wurden. Diesen Tarifbruch hat der Holzarbeiterverband und dessen hiesiger Vertreter Neumann moralisch und pekuniär unterstützt. Beide Beklagte sind also entschädigungspflichtig. Die Höhe der Entschädigung soll noch festgesetzt werden.“ Danach dürfen die Arbeiter am 1. Mai feiern, die Arbeitgeber brauchen die Arbeiter dann aber nicht wieder einzustellen; die Arbeiter dürfen aber keine neuen Forderungen stellen, da der Tarif noch gültig ist! Durch die dreitägige Aussperrung haben die Arbeitgeber den Vertrag gebrochen. Denn nach dem Wortlaut des Vertrages mußten die Arbeitgeber zunächst die für Streitfälle vorgesehene Schlichtungskommission anrufen, bevor sie irgend welche „Forderungen“ stellten. Sie haben aber ohne Anrufung der Schlichtungskommission an die Arbeiter die „Forderung“ gestellt, die Arbeit drei Tage lang ohne Lohnentschädigung auszusetzen!

Leer. Großfeuer zerstörte gestern früh 2 Uhr die Geschäfte des Friseurs Reddermann und des Uhren- und Goldwarenhändlers Gans. Die Hitze war enorm. Menschen sind nicht umgekommen.

Lüneburg. Ertrunken. Ein mit zwei jungen Leuten besetztes Boot schlug auf der Ilmenau in der Nähe der Tauschausbrücke um. Während sich ein Schiffszimmermann durch Schwimmen retten konnte, mußte der 22jährige Schmiedegeselle Sasse ertrinken.

Gadebusch. Eisenbahnunfall. Sonntag vormittag 10 Uhr konnte der von Zeterow eintreffende Güterzug Nr. 8011 infolge der Glätte der Schienen nicht rechtzeitig zum Halten gebracht werden. Hierdurch fuhr er durch den Lokomotivschuppen, indem er die Tür und die Hinterwand des Gebäudes durchbrach und eine im Schuppen stehende Lokomotive mit fortnahm. Hinter dem Schuppen entgleisten beide Lokomotiven sowie neun Güterwagen, welche teilweise stark beschädigt wurden. Der Lokomotivführer und der Heizer des Zuges konnten sich durch Abspringen retten. Der Zugführer wurde zwischen den Wagentrümmern eingeklemmt und leicht verletzt. Der Materialschaden ist beträchtlich.

Schwerin. Eine Verfassung soll Mecklenburg nun endlich bekommen, nachdem Persien und andere halbwilde Staaten vorangegangen sind. Der Großherzog hatte für Montag die fünf Landräte des Landes zu sich aufs Schloß entboten und richtete an sie in Gegenwart des Staatsministeriums folgende Ansprache: „Als ich im Jahre 1902 die Regierung meines Landes übernahm, hatte ich mir vorgenommen, in der Verfassungsfrage so lange keine Schritte zu tun, bevor ich ein Urteil über die bestehenden Verhältnisse gewonnen hatte. Mehr und mehr bin ich der Überzeugung geworden, daß die jetzige Verfassung des Landes den berechtigten Forderungen der neueren Zeit nicht mehr genügt und daß es das Wohl meines Volkes erfordert, auf eine der Zeit angemessene Umgestaltung derselben hinzuwirken und somit das von meinem hochseligen Herrn Großvater, dem Großherzog Friedrich Franz II. begonnene aber nicht zu Ende gebrachte Werk fortzuführen. Ich habe deshalb schon seit längerer Zeit mein Staatsministerium beauftragt, ein Gutachten über die Frage der Reformbedürftigkeit der bestehenden Landesverfassung vorzulegen. Dasselbe ist mir im vorigen Sommer überreicht worden. Nach eingehender Prüfung dieses Gutachtens bin ich in der Ansicht bestärkt worden, daß es an der Zeit ist, diese Verfassungs-Verhandlungen mit den Ständen wieder aufzunehmen. Ich habe mich dafür zunächst des Einverständnisses des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz mit diesem Vorgehen versichert und nunmehr meinem Staatsministerium befohlen, die erforderliche Vorlage zu bearbeiten und sie für einen im nächsten Jahre von mir einzuberufenden außerordentlichen Landtag fertigzustellen. Ich habe nun Sie, meine Herren Landräte, heute zu mir berufen, um Ihnen als den Ersten von dieser meiner Entschließung Kenntnis zu geben. Dabei gedenke ich dankbar des langen gesegneten Zusammenwirkens von Landesherrn und Ständen zum Besten des Landes. Auch verkenne ich nicht, daß für alle, die in überkommener Tradition mit den ständischen Verhältnissen eng verwachsen sind, der Übergang in den neuen Verfassungszustand nicht ohne Opfer und Entsagung geschehen kann. Da es sich um das Wohl des ganzen Landes handelt, hege ich das Vertrauen, daß Sie ebenso wie ich dazu bereit sein werden, solche Opfer auf sich zu nehmen und gebe mich der Hoffnung hin, daß Sie demnächst, wenn meine Vorschläge den Ständen zur Beratung vorgelegt sind, mir diese Unterstützung gewähren werden.“ — Der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz ließ den Landrat zu sich bescheiden und teilte demselben mit, daß er beschlossen habe, im Anschluß an die vom Großherzog von Mecklenburg-Schwerin in Aussicht gestellte Verfassungsvorlage, dem Landtage eine Vorlage zur Aenderung der Verfassung von Mecklenburg-Strelitz zugehen zu lassen. — Wie die Verfassung beschaffen sein soll, darüber wird vorläufig noch nichts verraten. Die werktätige Bevölkerung Mecklenburgs hat wenig Ursache, zu glauben, daß die in Aussicht genommene Verfassung ihr auch die ihr zukommenden Rechte bringen wird, denn gerade im Obotritenlande sucht man die Arbeiter in jeder Weise zu unterdrücken und in ihrer politischen Bewegungsfreiheit zu beschränken. Eine Volksvertretung wird nur dann den Willen des Volkes zum Ausdruck bringen, wenn sie auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts gewählt ist. Und dazu wird man sich in Mecklenburg schwerlich verstehen.

Briefkasten.

G. W. S. W. Der Knall wird durch Explosion des in den Erbsen befindlichen Knallquecksilbers hervorgerufen.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Danksagung.
Für die innige Teilnahme und reiche Kranzspende bei der Beerdigung meines lieben Mannes sagen wir hierdurch allen Verwandten und Bekannten herzlichen Dank.
M. Timmermann Ww. nebst Sohn.

Frau Springer, Tremserkamp, zu ihrem 86. Wiegenfeste ein 999 mal donnerndes Hoch.
Nun rate mal.

Zum 1. April **eine Wohnung,** Miete 180 Mark.
D. Schmütz, Glockengießerstr. 85.

Wegen Fortzugs zum 1. April **eine Zweistubenwohnung zu vermieten**
Chasotstraße 15.

Eine Wohnung zu vermieten
Feldstraße Nr. 5. Zu erfragen Feldstr. Nr. 2 (Mühlentor.)

Ein konfirmierter Laufbursche für den ganzen Tag.
Näheres Hansastraße 33a.

Gesucht zum 1. April **750 Mk. hinter 3400 Mark,** Brandkasse 9220 Mk. Makler verbeten. Off. u. **G T** an die Exp. d. Bl.

Billig zu verkaufen Herrenzeug, schwarze und farbige Kleider und Kleiderröcke, Blusen, Jacketts Johannisstraße 46, III.

Ein neues Herren- und Damenfahrrad billig zu verkaufen, 6 Jahrg. „Freya" a 1 M.
Georgstraße 15, II.

Eine hübsche Garnitur, Sofa, 4 Stühle, Tisch, Vertikow, Spiegel mit Schrank, Uhr, 2 Bilder billig zu verkaufen Schützenstr. 60, II.

Ein gutes Milchgeschäft
zu verkaufen. Off. u. **M K 21** a. d. Exp.

Allerbilligste Bezugsquelle i. Konfirmations- und Osterkarten für Händler u. Hausierer bei **Carl Curs,** Schönböckenerstraße 6 a.
Konfirmations- und Postkarten en gros.

Ein fast neuer Kinderwagen mit Gummireifen zu verkaufen.
Flüchtingstraße 27, 2. Et.

Zu verkaufen **ein Koffer,** passend für Gesellen. Ludwigstraße 25.

Ein Haus mit kl. Geschäft, Stall und Einfahrt, vor dem Holstentor, preiswert zu verkaufen. Angeb. u. **H. H.** an d. Exp. d. Bl.

Weiße zahme Ratten zu verkaufen
Adlerstraße 39 b.

Ein Zugänger und ein guterhaltener Kinderwagen mit Gummireifen zu verkaufen
Stockelsdorf. **J. Hoffmann jr**

Gute Zigarren, abgelagert,
100 St. **2,90** u. **3,50** Mk. Johannisstr. 17/19.

Eine Partie geräuch. Mettwurst
Pfund 80 Pfg.
Pa. Schweinefleisch, Pfund 65 Pfg.
Pa. dünne Rippen, Pfund 30 Pfg.
Kopf und Bein, Pfund 25 Pfg.
empfiehlt
Carl Kühn
Wardorpstr. 53, Ecke Schwartauer Allee.

Zur billigen Fleischquelle.
Pa. junges Schweinefleisch, Pfd. 60 Pfg.
Pa. Kalbfleisch, Pfd. 50 Pfg.
Pa. junges Ziegenfleisch, Pfd. 40 Pfg.
Selbst eingekauft und selbst geschlachtet, darum die billigen Preise.
48 b Königstrasse 48 b.

Landmettwurst
Pfund 65 Pfg.
4 hübsche Osterpostkarten
10 Pfg.
Breitestrasse 32.

---

ff. Salzheringe
ff. saure Heringe
ff. Bratheringe
ff. Rollmops
empfiehlt
Rud. Fromm
Fackenburger Allee 25.

Bei Friedr. Schultz
kauft man:
Apfelsinen, billig, Dtzd. 20, 30, 40, 50, 60, 80, 90, 100 Pfg., **Citronen,** 3 Stck. 10 Pfg., 100 Stck. 3 Mk. Kisten zu Hamburger Preisen.
Sämtliches Obst und Gemüse, Blumenkohl, billig. **Große Salzheringe,** Stck. 5 Pfg.
F. Schultz
nur Engelsgrube 2.

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.
H. Schreiber, Breitestr. 24

Uhren
aller Art billigst
Breitestraße 32.

Rote Rabattmarken.

Konfirmanden-Anzüge
von tadellosem Sitz und bester Verarbeitung,
6.75, 9.50, 13.50, 15.50, 18.00, 21.00 Mk.

Jacketts für Konfirmandinnen
in sauberer Ausführung von **3.00** Mk. an.

Kleiderstoffe
für die Frühjahrs- und Sommer-Saison
in großer Auswahl.

Johannes Reimers,
Ecke Warendorp- u. Drögestr. 12a.

Rote Rabattmarken.

Mittwoch nachm. von 3—5 Uhr:
Grösseren Posten
Ochsenmarkknochen, sowie **Abfall-Fleisch,**
das **Pfund 10 Pfg.**
Frisch gesalzene **Schnauzen und Pfoten,**
das **Pfund 25 Pfg.**
leicht gepökelte **Rippen,** das **Pfund 20, 30 und 40 Pfg.**
Verkauf **nur** in der Fabrik **Beim Rethteich 14.**
Thüringer
Wurst- u. Fleischkonserven-Fabrik
August Scheere.
Versand auch nach auswärts gegen Nachnahme.

Man abonniert jederzeit auf das
schönste und billigste
Familien-Witzblatt

Meggendorfer-Blätter
München — Zeitschrift für Humor und Kunst
Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.—

Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probenummer vom Verlag, München, Theatinerstr. 47

Kein Besucher der Stadt München
sollte es versäumen, die in den Räumen der Redaktion, Theatinerstraße 47 III befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.
Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

Eine Partie pikanten Holländer Käse
per Pfund nur 80 Pfennig, soweit Vorrat reicht
empfiehlt **Ludwig Erdmann,** Fleischhauerstr. 4.

Friedrichshof.
Sonntag, den 10. März 1907:
Große Volks-Maskerade
verbunden mit
Kappenfest für Zuschauer.
Maskenzug 7½ Uhr.
Eintritt: Herren-Masken 40 Pfg., Damen-Masken 20 Pfg.
Zuschauern ist die Teilnahme am Tanzen gratis, jedoch nur mit einer Kappe gestattet.
Kappen sind im Lokal zu haben. Demaskierung nach Belieben.
Vorverkauf: Herren 70 Pfg., Damen 30 Pfg.
An der Kasse: „ 1 „ „ 60
Lokalöffnung 4 Uhr. Anfang 5 Uhr. Ende 4 Uhr.
F. Lübbert.

Van den Bergh's Margarine
„Frauenstolz"
— hochfeine Spezialmarke —
per Pfund 80 Pfg.
ersetzt feinste Butter.
Zu haben bei:
J. Kähler, Dornestraße 5.

Achtung Maurer!
General-Versammlung
der
Krankenkasse der Maurer
(Lokal)
am Freitag, den 8. März 1907
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 46-52.
Tages-Ordnung:
1. Beitragserhöhung. 2. Botenwahl.
3. Verschiedenes.
Der Vorstand.

„Zum Großherzog von Mecklenburg."
Heute, den 6. März:
Großes Bockbier-Fest.
Hierzu ladet ergebenst ein
Chr. Wien.

Friedrichshof.
Heute Dienstag, den 5. März d. ds.:
2. Familienball.
Anfang 8 Uhr. Ende 2 Uhr.
F. Lübbert

Friedrichshof.
Donnerstag, den 7. März:
Tanzkränzchen.
Eintritt 25 Pfg. Tanz frei.
Anfang 8 Uhr. Ende 12 Uhr.

Verein der Musikfreunde.
Mittwoch, den 6. März 1907,
abends 8 Uhr
im Kolosseum:
21. Volkstüml. Konzert
(Orchester: 52 Musiker).
Leitung: Kapellmeister **Hermann Abendroth.**
Solisten: Herren Konzertmeister **Schwabe** (Violine), **Corbach** (Cello) u. **Scharff** (Harfe).
Zur Aufführung kommen u. a.:
Ouverture zur Oper „Die Zauberflöte" W. A. Mozart.
Tonbilder aus „Rheingold" R. Wagner.
Peer Gynt Suite op. 46 E. Grieg.
Fantasie aus Hoffmanns Erzählungen J. Offenbach.
Programm im Lübecker Konzertanzeiger.

Panorama
Breitestraße 53, 1. Etg.
MADRID.
Schloßgartenfest, Karneval- und
Stiergefechtszenen.

Hansa-Theater
Täglich
Mr. Havemann's
Raubtier-Gruppe
11 Tiere, einzig dasteh. Prachtexemplare:
(Löwen, Tiger, Bären und Leoparden)
Dazu das grosse Programm.

Stadt-Theater.
Direktion: Ludw. Piorkowski.
Mittwoch: **Keine Vorstellung.**
Donnerstag, den 7. März. 7½ Uhr.
Martha.
oder
Der Markt zu Richmond.
Oper in 4 Akten von Flotow.
Freitag: **Das Tal des Lebens.**
Sonnabend: **Othello.**

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 54. Dienstag, den 5. März 1907. 14. Jahrg.

Nie erlahmen

darf die Arbeiterschaft in dem Bestreben, für ihre Ziele Propaganda zu machen. Das beste Hilfsmittel dabei ist

die Arbeiterpresse.

Jetzt ist die beste Gelegenheit neue Leser und Abonnenten zu werben. An dieser Arbeit muß sich jeder Arbeiter, jeder Parteigenosse beteiligen. Jeder muß dessen eingedenk sein, daß es Pflicht ist, bei jeder Gelegenheit

für den „Lübecker Volksbote" zu agitieren.

Ein Hungerstreik in Österreich.

Aus Wien wird uns geschrieben:

Mit gesteigerter Spannung hat ganz Österreich in der vorletzten Woche nach Lemberg geblickt, wo 89 junge Leute durch einen Akt der Verzweiflung Europas Hilfe gegen die Unterdrücker ihrer Nation anriefen.

In Galizien, wo neben 3½ Millionen Polen 3 Millionen Ruthenen (Kleinrussen) wohnen, ist die ganze Verwaltung in den Händen des polnischen Adels (der „Schlachta"), und im Parlament ist der Polenklub das Zünglein an der Wage, so daß keine Regierung es wagen kann, gegen diese mächtige Gruppe aufzutreten. So kommt es, daß die Schlachta in ihrem Lande unumschränkt herrscht und nicht nur die polnischen Bauern und Arbeiter nach geradezu russischer Art ausbeutet und verfolgt, sondern auch die Ruthenen, ein wehrloses, armes Bauernvolk, als eine Nation von Heloten knechtet. Die Ruthenen, von denen in der russischen Ukraina an 20 Millionen leben, haben in Galizien nur ein einziges Untergymnasium, keine Universität, Ihre Intelligenz muß polnisch studieren, und erst seit einiger Zeit haben sie es durchgesetzt, daß an der polnischen Universität in Lemberg auch einige ruthenische Vorlesungen gehalten werden. Die ruthenischen Volksschulen werden vernachlässigt, die ruthenische Presse konfisziert, die ruthenischen Versammlungen werden aufgelöst, bei den Wahlen die ruthenischen Wähler terrorisiert und zur Wahl polnischer Schlachtizzen gezwungen, wobei außer allerlei Ränken und Kniffen Säbel und Flinte eine große Rolle spielen. Die ruthenischen Bauern sind arme Teufel und müssen als Feldarbeiter auf den Gütern der polnischen Schlachta ihren Lebensunterhalt finden, und wenn sie sich in höchster Not vereinigen und die Arbeit auf dem Felde verweigern, dann läßt der Gutsherr Gendarmen und Soldaten kommen und treibt die renitenten Sklaven zur Arbeit. Aber da der Polenklub allmächtig ist im Parlament, mag keine der großen Parteien sich der Ruthenen annehmen und sich dadurch die Feinschaft der Schlachta zuziehen. Die Stimme der 9 Ruthenen ist, trotz der Unterstützung durch die Sozialdemokraten, im Parlament zu schwach gewesen, um gehört zu werden, und selbst die Wahlreform war nur möglich, indem man den Hauptteil der galizischen Mandate den Polen überließ. Immerhin wird es im neuen Parlament des allgemeinen Wahlrechts 33 Ruthenen geben, die nun ganz anders als früher die Klagen ihres Volkes werden vorbringen können.

Und nun wurde plötzlich die Aufmerksamkeit auf dieses unterdrückte Volk und auf seine Unterdrücker gelenkt, wurde Österreich daran erinnert, daß in seiner größten Provinz Gesetz und Recht nicht gelten, wenn sie den Ruthenen zugute kommen, daß die polnische Schlachta nicht nur die Verwaltung, sondern auch die Justiz vollkommen beherrscht, so daß die Richter sich nicht als unparteiische Beamte des Staates, sondern als Angestellte der Schlachta fühlen, deren Interesse ihnen das oberste Gesetz ist.

Und das kam so:

Am 23. Januar gab es an der Universität in Lemberg einen argen Krawall. Die ruthenischen Studenten, die an der polnischen Universität studieren müssen, hatten, wie schon in früheren Jahren, verlangt, daß sie die Angelobung in ruthenischer Sprache leisten dürfen, und hatten, als ihnen das verweigert wurde, die Einschreibung mit Gewalt zu vereiteln versucht. Sie lärmten und zerschlugen die Gegenstände im Festsaal, und einer versetzte dem Universitätssekretär mit einem Stock einen Schlag über den Kopf. Gewiß etwas, das strenge Strafe verdient, aber doch in Österreich nichts Ungewöhnliches. Man blickt dortzulande auf derartige Streiche unbesonnener Studenten mit einiger Nachsicht, besonders dann, wenn sie nationale Motive haben. Derartige Szenen haben sich denn auch schon fast auf allen österreichischen Universitäten ereignet. So erst vor einigen Jahren in Innsbruck, wo deutsche Studenten das Gebäude, in denen die italienischen Vorlesungen gehalten wurden, dem Boden gleich machten, und wo wieder die italienischen Studenten auf die deutschen mehrere Revolverschüsse abfeuerten. Einige Studenten, die damals von den Gerichten verurteilt wurden, wurden begnadigt. Ähnliches hat sich auch in Prag und Wien schon ereignet, ohne daß man es besonders streng geahndet hätte.

Nur in Lemberg wurde jetzt ein anderer Weg eingeschlagen. Wie wenig man übrigens auch dort anfänglich geneigt war, der Sache eine größere Bedeutung beizumessen, geht daraus hervor, daß man zwar alle Studenten, die bei jenen Vorfällen anwesend waren, sofort zur Polizei schaffen ließ, sie aber nach Aufnahme ihres Nationales auf freien Fuß stellte, worauf sehr viele ruhig in ihre Heimatsdörfer abreisten. Da auf einmal scheint aber auf die Richter von politischer Seite ein Druck ausgeübt worden zu sein. Denn eine Woche nach jenen Vorfällen wurden plötzlich alle Studenten, deren Namen man damals verzeichnet hatte, bei Nacht aus den Betten geholt und dem Lemberger Landesgericht eingeliefert. Und hier blieben sie nun in Untersuchungshaft, ohne daß es das Gericht auch nur für notwendig gefunden hätte, die Zeugen ihnen gegenüberzustellen, um diejenigen, die sich vergangen hatten, auszuforschen.

Vom 1. bis 15. Februar wurden überhaupt keine Verhöre vorgenommen. Man ließ die Studenten in Untersuchungshaft, ohne sich mit der Untersuchung sonderlich zu bemühen, wie es in Galizien eben des Landes Brauch ist. Die Verhafteten wendeten sich an die Ratskammer des Landesgerichts und verlangten die Enthaftung; sie wurden abgewiesen. Nun kennt die österreichische Strafprozeßordnung nur drei Gründe für die Untersuchungshaft: dringenden Fluchtverdacht, Verabredungsgefahr und Gefahr der Wiederholung des Verbrechens. Nur wenn eine Strafe von mehr als 10 Jahren Kerker angedroht ist, ist die Haft obligatorisch; sonst ist sie an jene Voraussetzungen gebunden.

Nun war durch die Tatsache, daß die Ruthenen mehr als eine Woche in Freiheit gewesen waren, die Hinfälligkeit jener Gründe bewiesen. Aber die polnischen Richter wollten nicht die „Verbrecher" strafen, sondern sie wollten jene züchtigen, die die Helotenrolle des ruthenischen Volkes nicht anerkannten. Und dazu war ihnen — da eine Feststellung, wer von den vielen Verhafteten das Verbrechen begangen hatte fast ausgeschlossen ist — die Untersuchungshaft das rechte Mittel.

Aber gegen die russische Unterdrückungsmethode wehrten sich die ruthenischen Studenten mit russischen Mitteln: sie verweigerten seit Mittwoch abend jede Nahrung und teilten dem Gericht mit, daß sie den Hungerstreik so lange fortsetzen würden, bis man sie aus der Haft entlasse. Anfangs lachte das Gericht der Drohung. Als aber der erste Hungertag verstrichen war, wurde selbst diesen hartgesottenen Richtern bange. Rasch kam nun die Untersuchung in Gang, und nach wenigen Stunden schon war die Schuldlosigkeit von 16 der verhafteten Studenten festgestellt. Diese sollten nun entaftet werden, aber sie widersetzten sich der Enthaftung und erklärten, nur mit allen andern zusammen das Gefängnis verlassen zu wollen. Nur mit List gelang es, vier von ihnen aus dem Gefängnis zu locken, indem man ihnen nämlich weismachte, daß bereits alle andern draußen seien. Die Untersuchung wurde in dem raschem Tempo weitergeführt, und noch am Freitag hatte die Ratskammer beschlossen, daß 40 Studenten gegen Erlegung einer Kaution zu entlassen seien.

Die Verhafteten verweigerten die Leistung der Kaution und setzten den Hungerstreik fort. Am Sonnabend stellten sich bereits ziemlich bedenkliche Symptome von Hungerfieber bei den meisten ein und die Ratskammer beschloß, alle Studenten bis auf fünf — worunter zwei Russen — ohne Kaution freizulassen. Aber auch dieses Zugeständnis wiesen die Verhafteten zurück und beharrten darauf, daß alle freigelassen werden müßten. Am Sonnabend abend wurde ihnen angekündigt, daß sie am nächsten Tag gewaltsam enthaftet werden würden. Die Antwort war, daß sich die Studenten in ihren Zellen verbarrikadierten. Sonntag früh wurden von der Justizwache einige Zellen gewaltsam geöffnet und 20 Häftlinge trotz ihres Widerstrebens in Freiheit gesetzt. Einige von diesen mußten in das Krankenhaus gebracht werden. Die andern Häftlinge leisteten auch weiter Widerstand.

Dreieinhalb Tage dauerte schon der Hungerstreik, und die Studenten waren entschlossen, lieber zu verhungern, als nachzugeben. Es blieb also dem Gericht nichts übrig, als die Segel zu streichen, wozu wohl auch eindringliche Vorstellungen aus dem Wiener Justizministerium Anlaß boten. Das Oberlandesgericht trat zusammen und beschloß, auch die letzten fünf Studenten — allerdings gegen eine Kaution von 30 000 Kronen (= 25 000 Mark) freizulassen. Die Kaution war von einigen ruthenischen Parteiführern schon vorher angeboten worden, und die Studenten konnten nun nach neunzigstündigem Hungerstreik das Gefängnis verlassen.

Das Unrecht, das an den 89 Studenten begangen wurde, ist durch die Demütigung der Richter gesühnt. Das neue Parlament wird sich gleich nach seinem Zusammentritt mit der Lemberger Justizschande beschäftigen, und vielleicht wird damit der Anstoß gegeben werden, daß das ruthenische Volk endlich aus seiner Knechtschaft befreit werde. —

Der Kunstreiter.

Erzählung von Friedrich Gerstäcker.

(38. Fortsetzung.)

„Er ist vor etwa einer Stunde aus dem Lande unten heraufgekommen," sagte einer der Bauern, „muß auch wohl etwas hier im Orte zu tun haben, denn sein Kutscher sagt, daß er einen Tag hier bleiben wolle."

„Dann müßte er aber ja unserem Herrn begegnet sein!"

„Vielleicht ein Getreidehändler — die reisen jetzt im ganzen Lande umher, das liebe Gut aufzukaufen, und wenn sie's uns um einen Spottpreis abgeschwatzt haben, machen sie nachher ihre eigenen Preise und treiben's in die Million hinauf."

Aber die Leute hatten jetzt andere Dinge im Kopfe, als sich diesen über den Fremden zu zerbrechen. Rechtsab bogen sie von der Straße, dem Wasserkurs aufwärts folgend, und während einige der jüngeren Burschen lange Stangen mit Haken trugen, den Bach damit auszufühlen, liefen andere voraus, um den Hut wieder zu finden und sich damit der genauen Stelle zu versichern, in deren Nachbarschaft sie den armen Teufel vielleicht doch noch auf trockenem Boden antreffen konnten.

Mit dem Hute hatte es indessen einige Schwierigkeit. Der in der letzten Nacht ziemlich dicht gefallene Schnee deckte alles mit seiner weichen, ausgleichenden Masse, und so genau konnte der alte Verwalter die Stelle ebenfalls nicht angeben, denn er erinnerte sich nur ungefähr des Platzes. Während aber einige am Ufer auf und ab liefen und jeden Baum untersuchten, klopften andere auf jede kleine Erhöhung im Schnee und stocherten sie auf, bis sie endlich wirklich den alten Hut fanden. Er wurde von dem Müller augenblicklich als Tobias Eigentum anerkannt, und die Arbeiter begannen jetzt, den Bach abwärts von dort mit den Stangen nachzusuchen. Leider bewährte sich hier, was der Müller gleich von Anfang an gefürchtet hatte. Gleich wo sie begannen, und der Stelle genau gegenüber, an welcher der Hut gelegen, trafen die eingeworfenen Stangen auf die Leiche, die von einem Gegenstande unter Wasser festgehalten wurde. Man mußte sie mit einiger Gewalt ans Ufer ziehen, und dabei hob sich ein alter Weidenast mit aus dem Wasser, der sich fest in den Rock des Unglücklichen verwickelt hatte. Die Ursache seines Todes war deshalb auch allen klar; er mußte, jedenfalls im Trunke, hier den Weg verfehlt haben und in das Wasser hineingetaumelt sein, dessen Ufer er doch wohl wieder erreicht hätte, wenn ihn eben nicht der zähe, elastische Zweig daran verhindert. Überdies seiner Sinne nicht mächtig und mit dem geschwächten Körper, ließ es sich leicht erklären, daß er selbst in dem schmalen und eben nicht tiefen Bach ertrinken konnte.

Die Männer hoben die Leiche schweigend aufs Trockene, und einige der mitgebrachten Seile quer zwischen die beiden Stangen bindend, machten sie eine Art von Bahre daraus, auf der sie den alten Tobias ins Dorf und in die Mühle hinabtrugen.

24.

Georgine war angekleidet und saß über einen Brief brütend in ihrer Stube, deren Riegel sie vorgeschoben hatte. Wieder und wieder las sie das Schreiben durch, und dann, als ob ihr der Inhalt keine Ruhe lasse, sprang sie auf und ging mit festverschränkten Armen und raschen Schritten in dem Gemache auf und ab.

„Und wer könnte mich tadeln, wenn ich meinem Willen folgte?" murmelte sie dabei leise vor sich hin. „Liebt das gefangene Tier nicht seine Freiheit und sucht sie wieder zu erlangen, wie viel mehr denn der Mensch, dem die Natur nicht umsonst den kühnen Geist gegeben! — Und bin ich weniger als eine Gefangene in diesem öden, abgelegenen Hause, das ich nur wie der an einen Faden gebundene Vogel verlassen darf, um hierher zurückzukehren, wenn es meinem Herrn gefällt, mich wieder an dem Faden einzuziehen? Gift und Tod!" zürnte sie, und die dunklen Augen sprühten Feuer, die Lippen preßten sich zusammen, und der kleine Fuß stampfte ungeduldig, wild den Boden.

„Und jetzt gerade — jetzt kommt der Brief, wo Georg — — und ich kann nicht fort. Ohne Geld — ohne Paß, eine Frau, allein mit ihrem Kinde. An den Stäben darf ich rütteln, an den Stäben, die mich halten, und meinem Zorn darf ich Luft machen, heimlich — heimlich, daß es niemand hört, und das ist Gorgine — das ist die kühne Reiterin — das ist dieselbe Frau, die ihr Schicksal nur deshalb an diesen Georg Bertrand fesselte, weil er noch kühner war als sie, und die sich jetzt von ihm an den Pflug spanner läßt, um den Acker für das tägliche Brot als Bäuerin zu lockern." Ein leises Klopfen an der Tür unterbrach sie, und rasch den Kopf danach umdrehend, rief sie: „Wer ist da?"

„Ich bin's," sagte die Wirtschafterin, und zu gleicher Zeit versuchte eine Hand die Tür zu öffnen, was jedoch der noch vorgeschobene Riegel verhinderte.

„Was wollen Sie?"

„Ein fremder Herr ist da," lautete die Antwort, „der erst nach dem Herrn Baron gefragt hat und dann die Frau Baronin zu sprechen wünschte. Er hat mir seine Karte gegeben, und ich habe ihn so lange in das Besuchszimmer geführt, aber es ist dort nicht geheizt."

Georgine ging zur Tür, schob den Riegel zurück und nahm die Karte, die sie leise las: „Baron Hugo v. Silberglanz?"

„In des Herrn Barons Zimmer ist es noch warm," fuhr dabei die Wirtschafterin fort, „aber da hinein durfte ich ihn ja doch nicht bringen, denn da liegen immer so viele Papiere herum, und der Herr Baron hat's auch nicht gern."

„Nein — versteht sich," sagte Georgine, die Karte noch immer kopfschüttelnd in der Hand; „schicken Sie mir doch das Mädchen, daß es hier ein wenig aufräumt, und gehen Sie dann zu dem fremden Herrn hinüber und bitten ihn, ein wenig zu verziehen — nachher bringen — Sie ihn hier in mein Zimmer."

„Soll gleich besorgt werden, gnädige Frau," sagte die Wirtschafterin, indem sie geschäftig nach ihrem Schlüsselbund griff — „und doch wohl ein bischen Frühstück besorgen, wenn es ein alter Bekannter ist?"

„Frühstück? — ich weiß es nicht — warten Sie damit, bis ich klingeln und danach verlangen werde — ich kenne den Herrn gar nicht."

Die Wirtschafterin ging, und Georgine blieb in einem eigenen Zustande von Zweifel und Staunen zurück.

„Baron Silberglanz?" sagte sie leise, „ist das nicht derselbe fade Mensch, der mich in *** mit seinem zudringlichen Wesen verfolgte, und was hätte den hierher zu uns geführt? Soviel ich weiß, kennt ihn Georg gar nicht — und

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksbote".

Berlin, den 4. März 1907.

9. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstische: Graf Posadowsky, Freiherr v. Stengel, Dernburg, Kraetke, v. Löbell.

Die erste Etatsberatung wird fortgesetzt.

Chef der Reichskanzlei v. Löbell: Unmittelbar vor der Präsidentenwahl soll, wie der „Bayerische Kurier" behauptet, Herr Spahn sich geweigert haben, mit mir ohne Zeugen zu verhandeln. Die Darstellung, soweit sie mich betrifft, ist von Anfang bis zu Ende erlogen. — Herr Erzberger hat eine Aktennotiz der Reichskanzlei als durchaus unwahr und als eine einseitige Niederschrift bezeichnet. Was die Einseitigkeit betrifft, so war es nicht nur mein Recht, sondern meine Pflicht, eine Unterredung niederzuschreiben, die ich in amtlicher Eigenschaft und in höchst wichtiger amtlicher Sache mit Herrn Erzberger hatte. Herr Erzberger teilte in der Unterredung mir mit, Poeplau besitze noch aktenmäßiges Material, dessen Bekanntgabe die Kolonialverwaltung auf das schwerste kompromittieren würde. Er sei bereit, dies herauszugeben, wenn das Disziplinarverfahren aufgehoben würde. (Hört! Hört!) Ich habe dies Ansuchen sofort auf das entschiedenste zurückgewiesen. Herr Erzberger selbst erklärte mir, er habe die Zurückweisung von mir erwartet. Ich habe sofort die Unterredung niedergeschrieben, je eine Abschrift dem Staatssekretär des Auswärtigen, dem Kolonialdirektor und dem Legationsrat Helfferich zugestellt, das Original aber gerade aus Rücksicht auf Herrn Erzberger unter strengvertraulichem Verschluß genommen. Da fand ich im November 1906 eine Notiz, wonach Herr Erzberger erklärt habe, daß er erst die Angelegenheit Poeplau zur Sprache gebracht habe, nachdem die Versuche durch Inanspruchnahme des Chefs der Reichskanzlei, Abhilfe der kolonialen Mißstände zu schaffen, gescheitert seien. Darauf hin hatte ich in Dezember v. Js. eine neue Unterredung mit Herrn Erzberger — ich hatte der Versuchung, schon damals die Aktennotiz zu veröffentlichen, gerade im Interesse des Herrn Erzbergers widerstehen zu müssen geglaubt. Herr Erzberger bestätigte den Inhalt der früheren Unterredung, erklärte die Vorwürfe gegen mich für ungerechtfertigt und versprach gelegentliche Klarstellung im Reichstage. Um so überraschender kam für mich die Aussage Herrn Erzbergers im Poeplauprozeß, wonach er, Erzberger, durch die ablehnende Haltung des Kolonialdirektors Prinzen Hohenlohe und des Chefs der Reichskanzlei genötigt worden sei, den Fall Poeplau im Reichstage vorzubringen. Dadurch war ich zur Wiederherstellung meiner angegriffenen Ehre genötigt, mit der Veröffentlichung meiner Notiz herauszurücken. (Lebh. Sehr richtig! b. Kartell.) Ich halte die Notiz im vollsten Umfange aufrecht. (Erzberger: Ich bestreite sie!) Alle Einwendungen des Herrn Erzberger gegen die Notiz sind hinfällig. Herr Erzberger hat für den Fall der Veröffentlichung der Poeplauakten mit der Ablehnung der Kolonialforderungen durch die Zentrumsfraktion gedroht; selbstredend hat er dies nicht als Fraktionsbeschluß, sondern als persönliche Ansicht hingestellt. Er hat ferner die Veröffentlichung für den Fall des Nichtniederschlagens des Disziplinarverfahrens in Aussicht gestellt, wobei es ja ganz gleichgültig ist, ob die Veröffentlichung durch Reichstagsreden oder durch die Presse erfolgen sollte. (Lebh. Sehr richtig! rechts und bei den Natlib.) Und da wagt es Herr Erzberger, mir vorzuwerfen, daß ich nicht an der Beseitigung kolonialer Mißstände mitarbeiten will. (Abg. Erzberger: Ich tue es nochmals! Gr. Unruhe. Rufe b. d. Natlib.: Unverschämt!) Gegen Herrn Erzberger habe ich einen klassischen Zeugen für mich, nämlich Herrn Erzberger selbst, der am 10. Juli 1906 unter Eid ausgesagt hat, daß er mich im Auftrage Herrn Poeplaus besucht hat, um zu versuchen, die Einstellung des Disziplinarverfahrens zu bewirken, daß ich dies Ansuchen zurückgewiesen habe und daß er, Herr Erzberger, dies auch erwartet hat. (Hört, hört! b. d. Natlib.) Die Aussage deckt sich in allem völlig mit der Aktennotiz. Nun wählen Sie, wem Sie glauben wollen, einer aktenmäßigen Notiz und dem beeidigten Herrn Erzberger vom 10. Juli 1906 oder dem unbeeidigten Herrn Erzberger vom 19. Februar 1907. (Unruhe im Zentrum. Bravo! rechts und bei den Natlib. Anhaltende Bewegung.)

Behrens (Christl. Soz.): Die Nationalliberalen haben sich, namentlich im preußischen Landtag, bisher zu antisozial erwiesen, als daß wir zu ihrem sozialpolitischen Eifer völlig Vertrauen haben könnten. Die Mehrheit der Arbeiter ist königstreu: 9 Millionen Arbeiter haben für die bürgerlichen Parteien gestimmt. Die Sozialdemokraten ruinieren mit ihrem Terrorismus die Kleingewerbetreibenden; andererseits üben aber auch die Großindustriellen vielfach den schärfsten Terrorismus. Wir verlangen ein freiheitliches Vereins- und Versammlungsrecht und Vorlegung des Entwurfs über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine in verbesserter Gestalt. Mit der Förderung der christlich-sozialen Arbeiterbewegung bekämpft man am besten die Sozialdemokratie. (Beifall bei der Wirtschaftl. Vereinigung).

Graf Mielczinsky (Pole): Der gelehrige Schüler des Reichskanzlers, Herr Winckler, hat uns vorgeworfen, daß wir an der Revolution Schuld seien. Die Schuld an der russischen Revolution trägt die russische Bureaukratie, die Führer der Duma ermorden läßt und die von Herrn Winckler und seinesgleichen aus innerer Seelenverwandtschaft heraus verteidigt wird. (Sehr wahr! b. d. Polen und b. d. Soz.) Derartige Scharfmacherreden müssen den Verdacht erwecken, daß die preußische Regierung die Revolution will. (Unruhe rechts.)

Vizepräsident Dr. Paasche: Sie dürfen auch nicht bedingungsweise behaupten, daß die preußische Regierung die Revolution will. (Unruhe rechts.)

Graf Mielczinsky (fortfahrend) bestreitet, die preußische Regierung beschuldigt zu haben.

Vizepräsident Dr. Paasche will nach Einsicht in das Stenogramm auf die Sache zurückkommen.

Graf Mielczinsky (fortfahrend): Ich glaube, Graf Posadowsky schämt sich innerlich, hier die Polenpolitik der preußischen Regierung verteidigen zu müssen. Das preußische Ansiedelungsgesetz bedeutet einen Verfassungsbruch. (Sehr richtig! bei den Polen und bei den Soz. Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Paasche ruft den Redner zur Ordnung.

Graf Mielczinsky (fortfahrend): Das Vereins- und Versammlungsrecht wird bei uns vollständig illusorisch gemacht.

Vizepräsident Dr. Paasche (unterbrechend): Ich habe inzwischen Einsicht in das Stenogramm genommen. Sie haben in striktester Form der preußischen Regierung vorgeworfen, daß sie die Revolution will. (Widerspruch bei den Polen und b. d. Soz.) Ich rufe Sie nun noch nachträglich zur Ordnung. Wenn Sie mit dem Ordnungsruf nicht einverstanden sind, können Sie an das Haus apellieren. (Rufe b. d. Soz.: Tun Sie es nur!)

Graf Mielczinsky (fortfahrend) bespricht den Schulstreik. Alle Ausschreitungen der Lehrer gegen die polnischen Kinder werden gebilligt. In der konservativ-liberalen Ehe wird es gehen wie in dem Schwank des Residenz-Theaters, wo der Ehemann in dem Augenblick, da er seinen ehelichen Pflichten nachkommen will, durch den Ruf eines Beamten gestört wird: Haben Sie nichts zu verzollen? (Schallende Heiterkeit.) Dieser Zollruf wird auch die Kartellehe stören. Hoffentlich wird die große Mehrheit des deutschen Volkes die gegen uns getriebene Entrechtungspolitik verurteilen. (Beifall b. d. Polen.)

Staatssekretär Graf Posadowsky erörtert zunächst die Frage des Reichsbankdiskonts. Die Höhe des Diskonts hängt mit der steigenden Inanspruchnahme der Bestände der Reichsbank durch die Industrie zusammen. Vielleicht lassen sich bei der Verlängerung des Bankabkommens Änderungen in der Bankverfassung treffen, die indessen die Grundlage unseres Bankwesens nicht erschüttern dürfen. Herr Gamp fordert eine großzügige Sozialpolitik. Hoffentlich kommt er wegen dieses kecken Wortes nicht in Ungelegenheit mit seinen näheren politischen Freunden. (Heiterkeit b. d. Soz.) — Herr Gamp klagt über polizeiliche Schikanen und spielte auf die Bäckerei-Verordnung und auf die Verordnung im Gastwirtsgewerbe an. Für diese haben sich sämtliche Regierungs- und Oberpräsidenten auf Befragen ausgesprochen. Ein im preußischen Abgeordnetenhause gestellter Abänderungsantrag wurde dort einstimmig abgelehnt. Wenn der Bundesrat Verordnungen zu Gunsten von Leben, Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiter erläßt, so sind das nicht ideologische Phantasien eines weltfremden Reichsamts, sondern es sind sehr wichtige Gründe dabei maßgebend. Die Kompliziertheit unseres modernen Kulturlebens führt steigende Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter mit sich. Der Kriegsminister hat in einem Schreiben im Interesse eines brauchbaren Heeresersatzes die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse, die Minderung der Kindersterblichkeit, die Bekämpfung des Alkoholgenusses, überhaupt die soziale Hebung der Bevölkerung als dringend notwendig bezeichnet. Hygienische Maßregeln zur Erhaltung unserer Volkskraft sind also keine ideologische Marotten. Solange ich an dieser Stelle stehe, werde ich mich durch keine noch so giftigen und verleumderischen Angriffe abhalten lassen, meine Pflicht zu tun. (Lebhafter Beifall.)

Frhr. v. Hertling (Z.): Die Reichstagsauflösung von 1906 hat eine gewisse Ähnlichkeit mit der Reichstagsauflösung von 1878, die wegen der Ablehnung des Sozialistengesetzes erfolgte. Damals wollte Fürst Bismarck das Übergewicht der nationalliberalen Fraktion brechen. Er warf den Nationalliberalen vor, Ministerposten zu verlangen, er warf ihnen weiter vor, Regierungsvorlagen ohne Beratung im Hause schlankweg durch Fraktionsbeschluß zu beseitigen. (Hört, hört! i. Zentr.) Wann hat je das Zentrum solche Prätensionen erhoben? Wie kann im Ernst von einer Nebenregierung des Zentrums gesprochen werden? (Lachen b. d. Nationall.) Kann es überhaupt in einem nichtparlamentarischen Staate eine regierende Partei geben? Bedeutet das Nebenregierung, wenn zwei Fraktionsmitglieder ohne Fraktionsbeschluß sich für zwei Subalternbeamte interessieren? Man spricht immer von Kuhhandel. Was haben wir denn erreicht? Die Beseitigung eines einzigen Paragraphen des gehässigen Jesuitengesetzes. Die Vorgänge vom 13. Dezbr. waren Anlaß, nicht Grund. Man hat in der zweiten Lesung aufgelöst, während bis zur dritten Lesung zweifellos eine Verständigung möglich gewesen wäre. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Reichskanzler wollte den Bruch. Er dachte, die wirtschaftlichen Kämpfe liegen hinter uns und er brauche nicht mehr die Zentrumshilfe. Aufs tiefste hat es mich geschmerzt, daß der Kanzler von der schwarz-roten Mehrheit gesprochen hat. (Zustimmung i. Zentr.) Er wußte doch, daß die Sozialdemokraten auch gegen unseren Antrag zu stimmen entschlossen waren. (Sehr richtig! i. Zentr. und b. d. Soz.) Wir freuen uns, wenn hier eine gute Politik auch ohne uns gemacht wird. (Sehr richtig! i. Zentr.) In der Wirtschaftspolitik wird Fürst Bülow auch künftighin die von uns stets empfohlene mittlere Linie befolgen müssen. Die sozialpolitischen Anträge, die hier jetzt einlaufen, entstammen wesentlich unserer Anregung. — Durch den jähen Bruch hat Fürst Bülow das eben im Schwinden begriffene Mißtrauen des katholischen Volkes wieder hervorgerufen. Die Folge wird sein, daß gerade die konservativen Elemente im Zentrum immer schwerer Raum für ihre Betätigung im politischen Leben finden werden. (Sehr wahr! i. Zentr.) Es ist eine eitle Illusion, wenn man denkt, daß diese Elemente eine eigene Partei bilden werden. Wir vertrauen auch fernerhin der eigenen Kraft. (Lebh. Beifall i. Zentr.)

Dr. David (Soz.): Der Schmerz des Zentrums ist ja begreiflich, aber er wird nicht lange währen. Regierung und Zentrum werden sich schon bald wieder finden. (Htkt. und Zust. b. d. Soz.) Der Reichskanzler hat sich seit Dienstag hier im Hause nicht sehen lassen. Wohl, weil ihm die Szenen, die die konservativ-liberalen Neuvermählten schon in den Flitterwochen aufführten, peinlich sind. (Htkt. b. d. Soz.) Das Ergebnis der siebentägigen Etatsdebatte ist die Feststellung, daß die konservativ-liberale Paarung an einer inneren Schwäche leidet, die jede Aussicht auf längere Dauer ausschließt. Die Konservativen haben sich wohl gehütet, zu erklären, sich auf den Boden der neuen parlamentarischen und Regierungskonstellation zu stellen; und auf die Konservativen und nicht auf die Liberalen kommt es hier an. Der Reichskanzler hat uns für die nächsten Wahlen die Vollendung der „Zerschmetterung" in Aussicht gestellt. Abwarten! Ohne irgendwie prophezeien zu wollen, erscheint es mir nicht allzu wahrscheinlich, daß die Kanzlerschaft des Fürsten Bülow die nächsten Wahlen erleben wird. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Jedenfalls aber wird die Sozialdemokratie die Kanzlerschaft Bülows überdauern. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn wir gelegentlich mit dem Zentrum zusammengeworfen werden, so ändert das nichts an der Tatsache, daß wir in schärfster Kampfesstellung gegenüber dem Ultramontanismus stehen. Dagegen stehen Konservatismus und Ultramontanismus im engsten innersten Zusammenhang, während die konservativ-liberale Paarung ein auf die Spitze gestelltes Ei ist, das bei der geringsten Erschütterung umfallen wird. Der Reichskanzler selbst würde eine liberale Ära nicht durchsetzen können. Als preußischer Ministerpräsident ist er der Gefangene des preußischen Junkertums. (Sehr wahr! b. d. Soz.) — Bei den Wahlen war viel von der Hintertreppenpolitik die Rede. Bei den Nationalliberalen sprach der Konkurrenzneid gegen das Zentrum mit. Die Konservativen ihrerseits haben keine Hintertreppenpolitik nötig. Sie haben das Monopol auf die Vordertreppenpolitik, auf den Aufgang für Herrschaften. (Lebh. Heiterkeit und Zustimmung bei den Soz.) Die Hintertreppenpolitik ist das

---

sollte er mich suchen? Aber woher wüßte er, daß ich hier bin? — Ha, vielleicht ist er ein Bekannter des Grafen Geyerstein und bringt Aufträge oder Brief von ihm. — Geyerstein," sagte sie, sich auf ihr Sofa werfend und den Kopf in die Hand stützend, „dieser rätselhafte Mensch — ernst und kalt in seinem ganzen Aeußern, und doch so herzlich gegen Georg. Und sollten die beiden wirklich — doch welchen Grund könnten sie haben, es mir zu verheimlichen — mir, der Frau des einen — aber in welcher Verbindung stehen sie dann zusammen?"

Das Hausmädchen kam herein, räumte die Stube auf und verließ das Zimmer wieder, während Georgine ihren Gedanken nachhing, bis sie durch Stimmen auf dem Gange zu sich selber gebracht wurde. Es war der Fremde, den ihr die Haushälterin zuführte.

„Bitte, treten Sie nur hier ein, Herr Baron; die gnädige Frau erwarten Sie schon."

„Danke, liebe Frau," sagte der Fremde, „ich finde mich jetzt schon zurecht." Und er klopfte leise an die Tür.

„Herein!"

Die Tür öffnete sich, eine elegant gekleidete, sehr schmächtige Gestalt, die den Paletot schon draußen abgelegt hatte, glitt herein und schloß sie augenblicklich wieder, und die feine, schwächliche Stimme des zierlichen Männchens sagte: „So habe ich mich nicht geirrt — Glück ist heute meinen Augen widerfahren, denn sie dürfen die holde Georgine, die Königin der Amazonen, wieder schauen. Gnädige Frau, ich lege mich nicht nur in der leeren Phrase Ihnen zu Füßen" — und den Worten die Tat folgen lassend, hüpfte er auf Georgine zu, ergriff ihre Hand, die er an das zierliche Schnurrbärtchen drückte, und ließ sich vor ihr auf ein Knie nieder.

„Herr v. Silberglanz!" sagte Georgine, die ihn jedoch mit der noch immer gefangenen Hand emporhob, das ist in der Tat eine Überraschung — aber bitte — Sie vergessen, daß wir hier nicht in der Residenz, sondern auf dem Lande sind, und Sie es außerdem nicht mit der „holden Georgine", sondern mit der Pachtersfrau, Baronin v. Geyseln, zu tun haben. Ich bedauere übrigens, daß Sie meinen Mann nicht zu Hause treffen, dem doch jedenfalls Ihr Besuch gilt."

„Soll ich aufrichtig gegen Sie sein, schöne Frau," sagte Herr v. Silberglanz, indem er aufstand, sich sein rechtes Knie mit dem Hute abwischte und den angebotenen Stuhl neben Georginen einnahm, ohne jedoch ihre noch immer gefaßte Hand los zu lassen, „wollen Sie mein ganzes Herz offen, ohne ein Fünkchen Falschheit vor sich ausgelegt haben?"

„Ich bin kein Anatom, bester Baron," sagte Georgine, ihm ihr Hand langsam entziehend, „und doch wäre es vielleicht von Interesse," setzte sie lächelnd hinzu, „einmal das Herz eines so vollständig zivilisierten Herrn genau studieren zu können, wenn man nur eben auch wüßte, daß man nicht angeführt würde."

„Göttliche Frau . . ."

„Ich bitte Sie ernstlich, keine dieser überschwenglichen Anreden mehr, wenn Sie wollen, daß ich Ihnen länger zuhören soll. Sie wissen, daß ich jetzt in anderen Verhältnissen lebe — also, was wünschen Sie mir zu sagen?"

„Teuerste — gnädige Frau," sagte Herr v. Silberglanz bestürzt, „Sie werfen mich nicht allein aus der siebenten Etage aller meiner Himmel, nein, von einem ordentlichen Turme hinunter. Ich kam mit so fröhlichem Herzen . . ."

„Das zu verlieren Sie bis jetzt noch keine Ursache gehabt haben."

„Sie geben mir neue Hoffnung!" rief v. Silberglanz belebt. „So hören Sie denn — aber verraten Sie mich nicht — daß ich keineswegs Ihres Gatten wegen — den ich gar nicht die Ehre habe persönlich zu kennen, sondern nur allein Ihretwegen hierher gekommen bin."

„Meinetwegen?" rief Georgine, mit Recht erstaunt. „Woher wußten Sie überhaupt, daß Sie mich hier treffen würden?"

„Durch Herrn von Zühbig, den Sie hier gastlich aufgenommen."

„Ich dachte mir, daß der Herr nicht würde schweigen können."

„Er wäre mehr als grausam gewesen, hätte er es getan. Aber er sagte uns mehr — er sagte uns, daß Sie sich, holde Frau, nicht glücklich in Ihren neuen Verhältnissen fühlen, und da — brach es mir das Herz; da konnte ich nicht widerstehen, ich mußte Sie aufsuchen, mußte das selber von Ihren Lippen hören, und Ihnen meine Hilfe anbieten — im Falle Sie dieselbe gebrauchen wollten."

„Aber woher wußte Herr v. Zühbig etwas derartiges?" fragte Georgine erstaunt; „ich habe mit dem Herrn nur im Beisein meines Mannes gesprochen, und keine derartige Klage ist über meine Lippen gekommen."

„Und muß dem Menschenkenner nur alles mit dürren Worten gesagt werden?" fuhr Herr v. Silberglanz fort, „genügt nicht oft ein unbewachter Blick, ein halb unterdrückter Seufzer, selbst eine verzögerte Antwort auf eine dahin zielende Frage?"

„Also aus reiner Teilnahme für mich sind Sie gekommen?" lächelte Georgine. Und wäre Herr v. Silberglanz wirklich solch ein Menschenkenner gewesen, wie er eben beschrieb, er hätte das höhnische Lächeln, das um die Lippen der jungen Frau spielte, verstehen müssen und nicht zu seinen Gunsten deuten können. So aber fuhr er mit seiner süßesten Stimme fort:

„Nur Ihretwegen, holde Georgine, die ganze Reise; nur deshalb, um von Ihren Lippen die Bestätigung zu hören und Ihnen meine Hilfe anzubieten, oder das Gegenteil zu erfahren und — selig in dem Bewußtsein, Sie glücklich zu wissen — wieder heimzufahren."

„Und wie glauben Sie, daß mein Mann eine solche Einmischung in seine Rechte aufnehmen möchte?" sagte Georgine, die indessen aufgestanden war und die Tür geöffnet hatte, um sich zu überzeugen, daß die Wirtschafterin nicht mehr draußen stehe — aber der Gang war leer, und sie nahm ihren Platz wieder ein.

„Er ist verreist — ich bin ihm unterwegs begegnet", erwiderte Herr v. Silberglanz rasch, „er wird sogar, wie ich unten im Dorfe hörte, vor drei, vier Tagen nicht wieder zurückkehren."

„Das ist allerdings so und hat sich zufällig getroffen. Sie aber mußten doch bestimmt darauf rechnen, ihn hier zu treffen."

„Ich habe Glück, gnädige Frau", schmunzelte Herr von Silberglanz, „wirklich ganz schmähliches Glück, bei allem, was ich angreife, darauf verlaß ich mich stets, und es hat mich noch nie betrogen. Außerdem kennt mich Ihr Herr Gemahl gar nicht persönlich, denn wenn ich Sie in *** aufsuchte, wußte ich es immer so einzurichten, daß er abwesend war. Aber es hätte auch nichts gemacht, wenn ich ihn wirklich zu Hause fand. Um irgend eine Ausrede wäre ich nie verlegen gewesen; konnte ich mich doch den ganzen Weg hierher darauf vorbereiten, und einmal hätte sich schon die Gelegenheit geboten, Sie allein zu sprechen; ich wäre wenigstens nicht eher wieder fortgegangen. So half mir mein altes Glück, und Sie können mir ungestört Ihr Herz ausschütten."

„Und wenn ich Ihnen nun einfach sage, daß sich jener Herr v. Zühbig vollständig geirrt.

„Dann glaube ich es Ihnen nicht!" rief v. Silberglanz schnell. „Ihr bleiches Antlitz, das sonst in Jugendfrische und Gesundheit gerötet war, sagte nein. Ihre matten Augen, der wehmütige, schmerzkündende Zug um den Mund, das alles spricht lauter, als Sie es selbst bestätigen können, für meine Behauptung, und wollen Sie jetzt noch leugnen, daß ich Recht habe?"

„Und wenn Sie Recht hätten", sagte Georgine bitter, „was könnten Sie mir helfen?"

(Fortsetzung folgt.)

naturgemäße Produkt unseres halb parlamentarischen, halb absolutistischen Regierungssystems. Übrigens sollten die Spuren Erzbergers schrecken. Nach den Erklärungen des Herrn v. Löbell sind ja solche Unterredungen die reinsten Mausefallen. (Sehr richtig! bei den Soz. und im Zentrum.) Würde jemand über einen Privatbesuch ein Protokoll machen und dann behaupten wollte, es habe authentische Bedeutung, so würde man ihn auslachen. (Sehr wahr! im Zentrum und bei den Soz.) Einseitige Protokolle aufzunehmen ist geradezu ein vormärzliches Verfahren. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz. und im Zentrum.) Das sage ich zur Steuer der Wahrheit, nicht, um mich in den Streit zwischen Herrn Erzberger und Herrn v. Löbell einzumischen. — Politischer Kindersinn gehört dazu, an eine liberale Aera zu glauben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wann hat Bülow je den geringsten Versuch gemacht, das preußische Landtagswahlrecht zu demokratisieren, was doch die erste Vorbedingung einer solchen liberalen Aera wäre, und sich aus der Umklammerung der preußischen Junker zu befreien? Wie sollte er auch? Er ist Fleisch von Ihrem Fleisch! Niemals hat er einen anderen Leitgedanken gekannt, als den einer Sammlungspolitik gegen die Sozialdemokratie. Freilich hat er mit seiner Reichstagsauflösung vom 13. Dezember und seiner Wendung gegen das Zentrum dieser seiner eigenen Politik Hindernisse bereitet. Das Zentrum ist verschnupft und es wird immerhin eine Weile dauern, bis man sich wieder findet. Aber finden wird man sich ja. Uns sollte es freuen, wenn das Zentrum in eine Oppositionsstellung hineingetrieben würde. Wir glauben nur nicht so recht daran. Hat es sich doch in Hessen mit den Nationalliberalen gegen den Großherzog zusammengefunden, der einen sozialdemokratischen Beigeordneten bestätigen wollte. (Hört, hört! b. d. Soz.) — Der Reichskanzler hat uns ein Kolleg über die Gründe unserer Niederlage gelesen. Seine Deduktion ging dahin, daß wir die Niederlage uns selbst zu verdanken hätten. Wenn dem so wäre, so hätte nicht er uns besiegt, sondern wir hätten uns selbst besiegt. (Heiterk.) Der Reichskanzler bemängelte unseren Ton. Wie ist denn der Ton der Gegner? In dem Gustav-Adolf-Kalender des Herrn v. Bodelschwingh findet sich ein Artikel, in welchem es u. a. heißt: Hinaus mit dem frechen, lasterhaften Bebel, dem jüdischen Singer und den sonstigen dynamitsüchtigen Vampiren. Ziehen Sie also zuvor den Balken aus Ihren Augen, ehe Sie sich um unseren Splitter bekümmern! Der Reichskanzler gab ja selbst ein Musterbeispiel der gegnerischen Polemik, indem er auf Grund unzuverlässigen Materials Anklagen gegen unseren Parteigenossen Dittmann erhob, die dann weder er noch ein Regierungsmitglied zurücknahmen, obwohl Dittmann ihre Unwahrheit nachwies. Den Mord in Anhalt hat uns der Reichskanzler auch an die Rockschöße gehängt. In diesem Falle hat aber nicht der Geist der Sozialdemokratie, sondern der Geist, der von so vielen Herren der Rechten aus Kartoffeln produziert wird, der Fuselgeist (Heiterk.), wieder einmal ein Opfer gefordert. — Mit dem „Schmutzlappen des Hottentottenblocks" — über die Form kann man ja streiten — hat die „Leipziger Volkszeitung" die Fahne des Reichsverbandes gemeint, und soweit sind wir doch noch nicht, daß die Lügenfahne des Reichsverbandes identisch wäre mit der deutschen Reichsflagge. (Sehr gut! bei den Soz.) Überall wo der Reichsverband in die Wahl eingegriffen hat, hat er die Wahlagitation vergiftet. Den Ritter Georg möchte ich doch gegen Herrn v. Liebert in Schutz nehmen; die Waffen des Ritters Georg waren blank und ehrlich, was man von denen des Reichsverbandes nicht sagen kann. (Sehr gut! bei den Soz.) Was das „Volksgericht" über die Sozialdemokratie betrifft, so ist zu konstatieren, daß die Blockparteien mit über einer Million Stimmen in der Minderheit geblieben sind. (Sehr gut! b. d. Soz.) — Sich mit inneren Streitigkeiten in der Sozialdemokratie zu beschäftigen, ist ein Steckenpferd des Reichskanzlers, der ja vollkommen unfähig ist, eine großartige Bewegung wie die Sozialdemokratie in ihrer historischen Bedeutung zu verstehen. Was würde man von einem Historiker sagen, der die Reformation nach den inneren Streitigkeiten unter den Reformatoren beurteilen würde, die doch noch ganz anders waren als die zwischen uns. Keine Partei in diesem Hause hat so wenig Meinungsverschiedenheiten wie gerade die Sozialdemokratie. (Lachen rechts.) Ich möchte einmal Mäuschen bei Ihren (nach rechts) Fraktionssitzungen spielen. Da erklärt sich einer für Sozialpolitik, der andere für Aufhebung des Wahlrechts. (Widerspruch rechts.) Wollen Sie vielleicht die Äußerungen der Herren v. Zedlitz, v. Manteuffel, v. Kröcher und v. Mirbach ableugnen? Gewiß sind bei uns Meinungsverschiedenheiten. Es wär gar nicht möglich und auch gar nicht gut, wenn dem nicht so wäre. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Gerade in Meinungsverschiedenheiten und darin, daß sie zur Geltung kommen, liegt die Garantie für ein gesundes geistiges Leben in der Partei. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir befinden uns, wie mein Parteigenosse Bebel so schön gelegentlich der Zukunftsdebatte von 1893 sagte, in beständiger geistiger Mauserung. Es widerspricht völlig den Tatsachen, daß, wie der Reichskanzler behauptet, die revisionistischen Parteigenossen vergewaltigt seien und sich gedrückt hätten. Vor und nach Dresden ist über das Programm weiter diskutiert worden. Der Reichskanzler könnte das wissen, wenn er sich um eine mehr als oberflächliche Bekanntschaft der Dinge bemüht hätte. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wer etwa geglaubt hat, wir hätten die Fahne der Rebellion innerhalb der Partei erheben und die Partei zu spalten suchen sollen, muß eine unglaublich naive Seele gewesen sein. Nur ein Karlchen Mießnickpolitiker konnte so etwas denken. (Heiterk.) Wenn Liberale uns derartiges suggeriert haben, so hätten sie doch aus eigenster liberaler Erfahrung wissen sollen, was es heißt, wenn eine Opposition sich spaltet. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Die Revisionisten taten das Einzige, was sie im Interesse ihrer Ehre und im Interesse der Partei tun konnten, sie blieben in der Partei und haben mit der Partei mitgearbeitet. Wir tun nicht, was unsere Feinde uns anraten, sondern was die Macht und Größe unserer Bewegung steigert. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Gewiß hat den sogenannten Revisionisten Dresden nicht gefallen, aber niemals durften sie die Parteibeschlüsse als nicht vorhanden ansehen. Die Mitarbeit in der Partei hat ihnen niemand verwehrt. In allen praktischen Fragen ist keine Partei so einig wie die Sozialdemokratie. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Was die Auffassungen Schippels über Agrarpolitik betrifft, so glaube ich, daß sie von niemandem in der Partei geteilt werden, und daß Schippels parlamentarische Tätigkeit in Widersprüchen mit seinen Ausführungen stand. (Sehr richtig! b. d Soz.) Der Reichskanzler spricht immer von Dresden und nicht von Mannheim. Mannheim zeigt ihm eben die Einigkeit der Partei und das paßt ihm nicht in sein Konzept. (Sehr richtig: b. d. Soz.) Unsere ganze parlamentarische Vergangenheit beweist, daß der Vorwurf rein negativer Tätigkeit hinfällig ist. Niemals haben wir einer gesetzlichen Reform Hemmnisse in den Weg gelegt. Wohl aber möchten wir den Spieß umdrehen und fragen: Was hat denn Bülow in sozialpolitischer Beziehung geleistet? Er hat das Berggesetz aus kapitalistischem Interesse aus dem Reichstag in den Landtag geschoben. Er hat das Antigewerkschaftsgesetz eingebracht und die Gewerkschaften zu knebeln versucht. Was die Arbeiter in heißen Lohnkämpfen errungen haben, das und mehr ist ihnen durch die Bülowsche Wirtschaftspolitik genommen worden. (Sehr wahr! b. d. Soz., Widerspruch rechts.) Der Reichskanzler sprach von sozialem Königstum, das die Sozialdemokratie überwinden werde. Ein wirkliches soziales Königstum werden wir unterstützen. (Hört, hört! rechts.) Wir unterstützen auch einen Monarchen, wenn er soziale Reformen durchsetzen will, weil es uns um diese Reformen selbst zu tun ist. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Nicht unser Ton und nicht unser Endziel sind der Grund der heftigen Feindschaft unserer Gegner, sondern unsere positive Gegenwartsarbeit. (Sehr wahr! b. d. Soz.) — Das politische Resultat der Memoiren Hohenlohe's ist die bedauerliche Erkenntnis, daß der süddeutsche Liberalismus nicht gegen das preußische Junkertum aufkommen kann. Die preußischen Junker aber pfeifen auf das Reich. (Sehr wahr! links, Unruhe rechts.) Die Aufrechterhaltung des Klassenwahlrechts in Preußen hat den Gegensatz zwischen Nord und Süd verstärkt. Mit den Schiffahrtsabgaben hat man dem Süden einen weiteren Stich versetzt. Man nennt uns vaterlandslos. Warum? Weil wir die Art Ihres (nach rechts) Patriotismus nicht billigen. Man hält uns England vor. Hat nicht Campbell-Bannerman noch als Ministerpräsident erklärt, daß er den Burenkrieg für einen Schandfleck der Menschheit halte. (Hört, hört! b. d. Soziald.) Wir haben in unserer Auffassung die Kant, Goethe, Schiller, Herder, Fichte und Humboldt auf unserer Seite. Diese Gesellschaft erscheint uns besser als Ihre. (Heiterkeit.) Der preußischen Politik fehlt jedes Verständnis für die Existenzberechtigung anderer Nationen. Vergleichen Sie mit der preußischen Polenpolitik die Tatsache, daß General Botha in Transvaal Ministerpräsident geworden ist. — Wir haben mehr für die Ehre und den Wohlstand Preußens getan als die ganze Junkergesellschaft. (Lachen rechts.) Um Deutschlands Zukunft würde es schlimm stehen, wenn nicht die starke Sozialdemokratie Garantie für den schließlichen Sieg einer wahrhaft nationalen Politik böte. (Lebh. Beifall b. d. Soziald., Unruhe rechts.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

Persönlich erklärt

Erzberger (Z.), daß er morgen dem Chef der Reichskanzlei antworten werde und jetzt nur feststelle, erstens, daß schon die Unterredung vom September 1905 sich nicht nur auf Poeplau, sondern überhaupt auf die kolonialen Mißstände bezogen habe, zweitens, daß er nicht die Einstellung des Verfahrens gegen Poeplau gewünscht habe, und drittens, daß er nicht mit der Ablehnung der Kolonialforderungen durch das Zentrum gedroht habe. Übrigens werde nie wieder ein Chef der Reichskanzlei in die Lage kommen, von ihm eine Aktennotiz aufzunehmen. (Lachen beim Kartell.)

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Fortsetzung der Etatsdebatte, Koloniale Nachtragskredite.)

Schluß 7½ Uhr.

Soziales und Parteileben.

Ausdehnung der für Fabriken geltenden Bestimmungen über die Beschäftigung von Kindern und Arbeiterinnen sowie über die Gewerbeaufsicht auf die Werkstätten der Tabakindustrie. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine kaiserliche Verordnung vom 21. Februar 1907, durch welche auf Grund des § 154 Abs. 4 der Gewerbeordnung, mit Wirksamkeit vom 1. April 1907 ab, die Anwendbarkeit der §§ 135—139 b der Gewerbeordnung auf alle Werkstätten mit Motorbetrieb ausgesprochen wird, in denen zur Herstellung von Zigarren, Zigaretten, Rauch-, Kau- oder Schnupftabak erforderliche Verrichtungen vorgenommen oder fertige Tabakwaren sortiert werden. Ausgenommen bleiben jedoch solche Werkstätten, in denen ausschließlich zur Familie des Arbeitgebers gehörige Personen beschäftigt werden. — Ferner bestimmt ein gleichfalls im „Reichsanzeiger" veröffentlichter Beschluß des Bundesrats vom 27. Februar 1907: „Die vom Bundesrat für die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern und von Arbeiterinnen in Werkstätten mit Motorbetrieb zugelassenen Ausnahmen von der Anwendung der §§ 135 ff. der Gewerbeordnung (Bekanntmachung vom 13. Juli 1900, Reichsgesetzblatt, S. 565) finden auf solche Werkstätten mit Motorbetrieb keine Anwendung, in welchen zur Herstellung von Zigarren, Zigaretten, Rauch-, Kau- oder Schnupftabak erforderliche Verrichtungen vorgenommen oder fertige Tabakwaren sortiert werden."

Den Zehnstundentag errungen haben endlich die Textilarbeiter in der Leipziger Baumwollspinnerei. In der letzten Fabrikversammlung berichtete der Arbeiterausschuß, daß er dem wiederholten Ansinnen der Direktion auf Leistung von Ueberstunden nach Rücksprache mit den Spinnern zweimal stattgegeben habe, nachdem die Direktion einen Lohnzuschlag von 50 pZt. bewilligt und der Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde vom 1. April zugestimmt hatte. Mit dieser Vereinbarung haben die Textilarbeiter in der Baumwollspinnerei den Zehnstundentag erreicht.

Lohnsteigerung — Mehrleistung. Das erste Geschäftsjahr der Essener Steinkohlenbergwerke nach Angliederung der Gewerkschaften „Herkules", „ver. Pörtingssiepen" und „ver. Dahlhauser Tiefbau" muß als günstig bezeichnet werden. Nach dem Vorstandsbericht betrug die Kohlenförderung 1 396 923 Tonnen (im Vorjahre 1 183 706 Tonnen), mehr 213 217 Tonnen = 18 Proz.; die Brikettherstellung 469 805 Tonnen (im Vorjahre 344 109 Tonnen), mehr 125 696 Tonen = 37 Proz.; der Effekt pro Mann und Schicht 1,06 Tonnen (im Vorjahre 0,97 Tonnen), mehr 0,09 Tonnen. Die Lohnsteigerung bedeutet eine jährliche Mehrausgabe von rund 780 000 Mk. oder eine Verteuerung der Selbstkosten von 8 Prozent, dagegen stieg die Leistung pro Mann und Schicht um 9 Prozent.

Die Maler- und Anstreichergehilfen in Aachen sind ausgesperrt worden. Veranlassung hierzu gaben Tarifstreitigkeiten. Zuzug ist fernzuhalten.

Wohnungsboykott. Die Budapester Arbeiter haben unlängst eine Agitation gegen die wucherischen Hausbesitzer der Hauptstadt Ungarns eingeleitet. Nunmehr ist der erste Boykottaufruf erschienen. Er hat folgenden Wortlaut; „Achtung, Einwohner Budapests! Der Wucherer des Hauses Hungariastraße 113, VI. Bezirk, hat in seiner Wucherwut den 62 Einwohnern seines Hauses gekündigt, weil sie die Annahme der Zinssteigerung einmütig verweigert haben. Deshalb haben die Einwohner dieses Hauses den strengsten Boykott auf dieses Haus verhängt. Wir ersuchen die Bevölkerung Budapests, diese Mietskaserne zu meiden. Kein anständiger Mensch mietet in diesem Hause eine Wohnung. Ein Lump ist der, der den Kampf seiner Arbeitskollegen erschwert." — Nach Emerich Ferenczi („Die Wohnungsfrage") wohnen in Budapest zweiundfünfzig Prozent der Gesamtbevölkerung in überfüllten einzimmerigen Wohnungen, und es gibt sogar 11 135 einzimmerige Wohnungen ohne Küche!

Strafkonto der Presse. Wegen Beleidigung der Mitglieder des Rabattsparvereins zu Coswig hatte sich der Genosse Paulick vom Dessauer „Volksblatt für Anhalt" vor dem dortigen Schöffengericht zu verantworten. Ein Volksblattartikel hatte das Rabattsparsystem als Schwindel bezeichnet. Der Angeklagte brachte zur Rechtfertigung unter anderem ein Urteil der Handelskammer zu Frankfurt a. M. vor, das da lautet: „Der Rabatt wird auf den Verkaufspreis geschlagen, oder die gelieferte Ware steht qualitativ oder quantitativ hinter dem bezahlten Kaufpreise zurück. Geschädigt sind in erster Linie die Konsumenten, die den Rabatt vorauszahlen, um ihn später durch die Verwaltungskosten gekürzt, zurückzuerhalten". Das Gericht erkannte auf 150 Mk. Geldstrafe, event. 30 Tage Gefängnis. Zur Begründung führte der Amtsrichter aus, daß Paulick nicht an einem speziellen Falle nachgewiesen habe, daß ein Mitglied des Coswiger Rabattsparvereins ein schwindelhaftes Geschäft gemacht habe. Wenn auch das System so sein mag, so dürfe der Angeklagte den Coswigern nicht den Vorwurf eines schwindelhaften Geschäftsgebarens machen. — Ist das eine Logik!

Zur Etatsrede des Genossen Bebel schreibt die „Märkische Volksstimme": „Die große Reichstagsrede Bebels über die Stellung der Sozialdemokratie in der deutschen Politik finden unsere Leser in dem heutigen Reichstagsbericht. Wir empfehlen Sie dem eingehenden Studium unserer Genossen, damit sie in der Lage sind, die Vorwürfe der Gegner über die verneinende Haltung der Sozialdemokratie zu entkräften. Gleichzeitig möchten wir an den Parteivorstand das Ersuchen richten, diese Rede nach dem amtlichen Stenogramm so bald als möglich als Broschüre für die Verteilung möglichst im ganzen Reiche drucken zu lassen. Gegenüber den systematischen Verleumdungen durch unsere Gegner erscheint diese zusammenfassende Widerlegung durchaus notwendig."

Die kostenlose Leichenverbrennung soll in Stuttgart eingeführt werden. Der Gemeinderat beschloß eine Leichenverbrennungsordnung, wonach die Verbrennung für alle in Stuttgart wohnenden Personen, sowie für die Mitglieder nebst Angehörigen der württembergischen Feuerbestattungsvereine kostenlos sein soll.

Opfer des Klassenkampfes. Drei Redakteure der Erfurter „Tribüne" sind zurzeit im Gefängnis! Die „Tribüne" zu Erfurt teilt mit: Am Mittwoch hat Genosse Dornheim eine sechsmonatige Gefängnisstrafe angetreten und heute ging Genosse Stange in den Kerker, um ebenfalls sechs Monate aus seinem Leben streichen zu lassen. . . Der dritte Kämpfer, den man uns lahm gelegt hat, ist bekanntlich Kollege v. Losewski, der in Magdeburg bei Buchbinderarbeiten (!) 11 Monate wegen angeblicher „Aufreizung" und angeblicher „Beleidigung" verbüßt. . . . Im Gerichtsgefängnis zu Sorau hat Genosse Klühs von der „Märkischen Volksstimme" zu Forst die Strafe von drei Monaten Gefängnis angetreten, die ihm von der zweiten Strafkammer des Landgerichts Breslau — der berühmten Janke-Kammer — wegen angeblicher Aufreizung zu Gewalttätigkeiten zudiktiert worden ist. Die Grundlage dieses Strafverfahrens war das von der Breslauer „Volkswacht", an der Genosse Klühs damals tätig war, abgedruckte Maigedicht von Leon Holly, das unbeanstandet (!) im Jahre 1904 von der „Bremer Bürgerzeitung" und im Jahre 1905 vom „Offenbacher Abendblatt" abgedruckt worden war. Was dort im größten Frieden geschehen konnte, hatte in Breslau 1906 die Beschlagnahme der Zeitung, die Verhaftung des Redakteurs und schließlich seine Verurteilung zur Folge. Das sind die einheitlichen deutschen Rechtszustände.

Zum Tode Sabors schreibt die „Frankf. Volksst.": In seiner Wohnung am Grünebuergweg ist am Mittwoch der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Ad. Sabor gestorben, der die Stadt Frankfurt im Reichstage von 1884 bis 1890 vertreten hat. Er war früher als Lehrer tätig gewesen und wurde 1884 in der Stichwahl gegen den demokratischen Kandidaten Sommemann in den Reichstag gewählt. Es wurde damals eine Depesche verbreitet, die angeblich vom Reichsamt an den Vorstand des Nationalliberalen Vereins gerichtet worden sein soll: „Fürst (Bismarck) wünscht Sabor." Obwohl seinem ganzen Wesen nach eine stille Gelehrtennatur, erachtete ihn die Polizei doch für einen so gefährlichen Revolutionär, daß sie ihn Weihnachten 1886 mit anderen Genossen auswies. Er siedelte zunächst nach Darmstadt über und von da nach Dresden, später nach Wiesbaden. Nach Aufhebung des Sozialistengesetzes kam er wieder nach Frankfurt. Da ihm das parlamentarische Leben nicht gefiel, lehnte er es 1890 ab, sich nochmals als Kandidat aufstellen zu lassen. An seiner Stelle wurde Genosse Wilhelm Schmidt gewählt. Sabor war in den letzten Jahren sehr leidend, das mag mit der Grund gewesen sein, daß er sich ganz von der öffentlichen Tätigkeit zurückzog und auch fast keinerlei Fühlung mit der Partei behielt.

Aus dem Gerichtssaal.

Verurteilte Anarchisten. In Berlin gelangten zwei umfangreiche Prozesse wegen angeblich durch Verbreitung anarchistischer Druckschriften begangener Vergehen der Anreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten und der Anreizung von Militärpersonen zum Ungehorsam vor dem Landgericht I zur Verhandlung. Angeklagt waren der Elektrotechniker Karl Sauter, der Schuhmacher Peter Schauf und der (flüchtig gewordene) Drechsler Artur Molycha. Das Urteil lautete gegen Sauter auf ein Jahr Gefängnis (beantragt waren 2 Jahre 8 Monate), gegen Schauf auf drei Monate Gefängnis, von denen 14 Tage auf die Untersuchungshaft angerechnet wurden. Schauf wurde aus der Haft entlassen, Sauter, der sich seit dem 7. Februar in Untersuchungshaft befindet, blieb in Haft. — Bei diesem Prozeß handelte es sich um die Verbreitung des anarchistischen „Soldaten-Brevier" und des „Internationalen Rebellen-Liederbuches". Die bürgerliche Presse hatte damals die Angelegenheit furchtbar aufgebauscht. Nun ist das Urteil gesprochen worden. Und man kann wohl sagen, daß es außerordentlich hart ausgefallen ist, speziell soweit Sauter in Frage kommt. Unwillkürlich kommt man zu der Vermutung, daß Sauter das Opfer eines agent provokateurs geworden ist.

Die einzige Zukunftsstätte — das Zuchthaus. Vor einigen Tagen hatte sich vor der Königsberger Strafkammer ein vielfach, darunter auch mit Zuchthaus vorbestrafter Faktor wegen Diebstahls zu verantworten. Er hatte einen Überzieher gestohlen und für 8 Mark verkauft. Dafür sollte er nach dem Antrage des Staatsanwalts auf 1½ Jahre ins Gefängnis geschickt werden. Nach dem Plaidoyer des Staatsanwalts erhob sich der Angeklagte, nicht etwa, um eine mildere Strafe zu erbitten, sondern um den Gerichtshof zu ersuchen, ihn doch lieber ins Zuchthaus zu schicken, da aus ihm doch nichts würde. Und die Strafkammer verurteilte den Unglücklichen auch wirklich zu einer Zuchthausstrafe von 3 Jahren 9 Monaten und sechs Jahren Ehrverlust. Wenn er wieder die Freiheit erhält, so muß er, da ihn dann die Gesellschaft noch feindlicher aufnehmen wird, schleunigst dafür sorgen, wieder Zuchthausstrafe zu erhalten, nur um nicht umzukommen. So will es die gottgewollte Ordnung, die von allen Staatserhaltenden mit allen Mitteln verteidigt wird.

Der bestohlene Reichsverband. Der jugendliche Bureauarbeiter Siewert, der einige Monate im Bureau des Reichsverbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie beschäftigt war, hat dort eine Kassette mit 583 Mark gestohlen. Er wurde ergriffen und hatte sich nun in Berlin vor der Strafkammer zu verantworten. Er behauptet, von einem Herrn v. R., der ein Sohn des früheren Stallmeisters der Kaiserin Augusta sein will, unter Drohung mit einer Anzeige, wegen Vergehens des § 125 zu diesem Diebstahl angestiftet zu sein. Der Angeklagte ist geistig minderwertig, jedoch nicht derart, daß er straffrei ausgehen kann. Urteil: **1 Monat Gefängnis.**

Um 7 Mark 2 Jahre Zuchthaus! Die volle Strenge des Gesetzes kam dem Arbeiter Roßberg gegenüber zur Geltung. Dieser hatte nach Erbrechen eines verschlossenen Kastens in einer Schenkwirtschaft in Annaberg 7 Mk. Kleingeld gestohlen. Da der 31jährige Angeklagte rückfällig war und das Landgericht ihm mildernde Umstände versagte, mußte auf 2 Jahre Zuchthaus erkannt werden, denn das ist in diesem Falle die Minimalstrafe. — (Ein Postbote hatte bei der Revision in seinem Markenbestande ein Manko von 8,67 Mk. Obwohl er den Fehlbetrag sofort aus seinen Mitteln ersetzte, wurde er entlassen und außerdem ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet. Vom Landgericht in Chemnitz wurde er wegen schwerer Unterschlagung (in Beamteneigenschaft begangen!) zu der gesetzlichen Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Mann war noch völlig unbescholten. — Diese beiden Urteile sprechen deutlich für die Reformbedürftigkeit des Strafgesetzbuches.

Das Bauunglück am Volkshause zu Halle a. S. vor Gericht. Wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung wurden vom Landgericht der Polier Zache mit fünf Monaten, drei Maurer mit je einem Monat, der Techniker Mehnert mit zwei Monaten und Maurermeister Lingesleben mit zwei Wochen Gefängnis bestraft.

Vom „Kultur"kampf gegen die Polen. Die Posener Strafkammer verurteilte den Redakteur des „Kurjer Poznanski", Ziolkowski, wegen Vergehens gegen § 110 des Strafgesetzbuches (Aufforderung zum Schulstreik) in vier Fällen zu Geldstrafen von 50, 400, 70 und 70 Mk., insgesamt zu 590 Mk. Die gesamten gegen Ziolkowski bisher erkannten Geldstrafen belaufen sich annähernd auf 2700 Mk. — In der Strafsache gegen den Prälaten Laubitz wegen Vergehens gegen § 110 des Strafgesetzbuches wurde der Angeklagte von der Strafkammer in Inowrazlaw zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt.

Aus Nah und Fern.

Religiöser Wahnsinn. Die Familie des Oberzahlmeisters Sagawe vom 3. Garde-Regiment in Berlin ist mit Ausnahme des Vaters plötzlich in der Nacht in religiösen Wahnsinn verfallen. Es werden darüber folgende Einzelheiten gemeldet: Die Ursache des schrecklichen Vorganges ist nach der einen Version auf den Besuch spiritistischer Versammlungen zurückzuführen. Wahrscheinlicher ist die Angabe, daß das leidige, oft verpönte Gesundbeten hierbei eine verhängnisvolle Rolle gespielt hat. Das Familienoberhaupt, Oberzahlmeister Sagawe, ist seit längerer Zeit leidend. Seine Frau beunruhigte sich und ließ nichts unversucht, um ihrem Manne zu helfen. Sie nahm zum Gesundbeten ihre Zuflucht, als sie hörte, daß eine Frau, seitdem sie sich den Gesundbetern angeschlossen habe, viel besser höre, als früher. Frau S. schloß sich mit ihren beiden 24 und 20 Jahre alten Töchtern und den 23 und 16 Jahre alten Söhnen dieser Sekte an. Der Zustand des lungenkranken Gatten wurde aber nicht besser, sondern infolge der unausbleiblichen Zwistigkeiten, Meinungsverschiedenheiten über das viele Beten schlechter. Freitag abend vernahmen die Nachbarn in der im ersten Stockwerk belegenen Wohnung Geschrei und Wortwechsel, dem sie jedoch, da das öfter vorkam, wenig Gewicht beilegten. Die Nachtruhe wurde nicht weiter gestört, bis plötzlich Sonnabend früh bei der Frau und den vier Kindern der Wahnsinn zum Ausbruch kam. Unter entsetzlichem Geschrei wurde dem armen Gatten und Vater zugesetzt, Buße zu tun. Schließlich arteten die Bekehrungsversuche in Raserei aus. Die ersten Anzeichen des Wahnsinns zeigten sich bei der bedauernswerten Familie schon Freitag mittag. Der kranke Vater sah diesem Treiben mit Besorgnis zu, glaubte aber, daß die Nachtruhe beruhigend wirken werde. Er befahl deshalb allen, sich rechtzeitig zu Bett zu legen, was auch kurz vor 10 Uhr geschah. Bald sprangen jedoch Frau und Kinder wieder auf und fielen über den im Bett liegenden Vater her. Es begann ein wildes Ringen und Toben in den Zimmern. Von der Straße aus war wahrzunehmen, wie die Kranken einen förmlichen Krieg mit dem Teufel, den sie hundertfach in den Zimmern zu sehen glaubten, führten, Stühle, Tisch und andere Möbel wurden zertrümmert. Mit Stuhlbeinen bewaffnet, fochten sie in der Luft herum, schlugen Bilder von den Wänden und verbrannten sie im Ofen. Die Mutter trieb es am ärgsten. Sie warf seidene Blusen und andere Kleidungsstücke ins Feuer und murmelte dabei religiöse Sprüche. Ununterbrochen wurde das Vaterunser förmlich geschrien und dazwischen tätliche Angriffe auf den kranken Vater verübt. Die Nachbarn machten wiederholt Anstalten, in die Wohnung zu gelangen, aber ohne Erfolg. Ein junger Mann verschaffte sich schließlich Eingang und rettete den aus vielen Wunden blutenden Vater gegen 2 Uhr morgens durch eine Hintertür. Er machte dann auf der nächsten Polizeiwache Meldung von den Vorgängen. Mittlerweile ging das Zerstörungswerk in der Wohnung weiter. Der 23jährige älteste Sohn hatte am längsten lichte Augenblicke, denn er ließ dem in der Nähe wohnenden Bräutigam seiner Schwester eine Nachricht zukommen. Kaum hatte er aber nach seiner Rückkehr die Wohnung wieder betreten, als auch bei ihm der Wahnsinn zum Ausbruch kam. Schließlich machte die Frau Anstalt, nur mit dem Hemd bekleidet, vom Erker hinab auf die Straße zu springen. Jetzt wurde die Feuerwehr benachrichtigt, die bei ihrem Erscheinen sofort ein Sprungtuch ausspannte. In demselben Augenblick hatten aber Schutzleute und Hausbewohner die Eingangstür gesprengt und sich der Wahnsinnigen bemächtigt. Die Wohnung mit der gesamten Einrichtung glich einem Trümmerhaufen. Die unglückliche Frau und Mutter, unter deren Einfluß die Kinder standen, empfing die Eintretenden mit ausgebreiteten Armen und dem Rufe: „Es ist vollbracht!"

Ein russischer Auswanderer als Eisenbahnräuber. Aus dem Zug heraus wurde auf dem Bahnhof Saarburg der russische Auswanderer Jewna Seltin verhaftet, der sich auf der Reise nach Paris befand. Der junge Mann war während der Fahrt durch den Abort in ein Frauenabteil eingedrungen und hatte von einem allein darin befindlichen 16jährigen Mädchen aus Reichshofen i. Els. unter Drohungen Geld verlangt. Die Geängstigte händigte dem frechen Räuber eine Mark aus, worauf dieser auf demselben Wege wieder verschwand. Dem Schaffner fiel später das verstörte Wesen des Mädchens auf, er erfuhr auf Befragen den Sachverhalt. Der Russe wurde ermittelt und in Saarburg der Gendarmerie übergeben, die ihn in Untersuchungshaft abführte.

Drei Kriegervereinler als Schwerverbrecher. An sämtliche Kriegervereine des Verbandes Witten ist folgender Ukas ergangen:

An
den Vorsitzenden des Kreis-Kriegerverbandes Witten,
Herrn Kommerzienrat, Hauptmann d. L. Müllensiefen
Hochwohlgeboren
Crengeldanz b. Witten.

Der Krieger- und Landwehr-Verein Bochum-Hofstede hat drei junge Mitglieder, und zwar: 1. Franz Molkentin, 2. Otto Musterreit, 3. August Musterreit, ausgeschlossen, weil sie am Tage der Stichwahl, am 5. Februar d. Js., bei Verkündigung des Wahlergebnisses im Wahllokal Dietz ein brausendes Hurra auf den sozialdemokratischen Reichstagskandidaten Hué ausgebracht hatten.

Ich gestatte mir, Sie hiervon zu verständigen, da es nahe liegt, daß dieselben ihren Wohnsitz wechseln und versuchen werden, einem Vereine des dortigen Verbandes beizutreten.

Mit kameradschaftlichem Gruß
der Vorsitzende
gez. Hoffmann,
Hauptmann d. L. a. D.

Hoffentlich sind die drei Gemaßregelten so vernünftig und flöten auf die weitere Zugehörigkeit.

Konservative Wahlmogelei. Von der sozialdemokratischen Kreisleitung war im Kreise „Ost-Prignitz" den sozialdemokratischen Wählern zur Stichwahl Stimmenthaltung angeraten worden. Am Sonntag, 3. Februar, erschien in dem „General-Anzeiger für die Prignitz" folgende Annonze:

„Achtung! Genossen!

Maurer, Zimmerleute und Arbeiter! Lade Euch zu heute abend 8 Uhr zu einer Besprechung über die Stichwahl ein, es sind drei Genossen aus Pritzwalk hier, bitte um zahlreiches Erscheinen in Schröders Gasthof.

Fritz Lange, Kyritz.
Wilh. Bethge, Zimmerpolier, Pritzwalk.
August Riemann, Zimmerpolier, Pritzwalk.
Martin Winkell, Pritzwalk.

Letztere drei sollten „Genossen" aus Pritzwalk sein. Die Leute haben jedoch keine blasse Ahnung vom Sozialismus und stehen uns überhaupt vollständig fern. Es ist nun von den vier ehrenwerten Herren unter falscher Flagge Propaganda für den freikonservativen Kandidaten, jetzigen Abgeordneten Löscher getrieben worden. Wie unsere Parteigenossen bestimmt behaupten, sind die Herren von dem Wahlkomitee der freikonservativen Partei gedungen worden. Man hat hier also nicht nur die Taktik des Reichslügenverbandes nachgeahmt, sondern dieselbe noch durch Vorspiegelung falscher Tatsachen weiter entwickelt. Nicht nur Wahlschacher, sondern Wahlbetrug ist getrieben worden.

Ein blutiger Vorgang spielte sich dieser Tage im städtischen Armenhause zu Pirmasens in der Pfalz ab. Die beiden dort untergebrachten 58 und 62 Jahre alten Ortsarmen Heinrich Kling und Adam Brenner konnten sich seit einiger Zeit nicht vertragen und standen vor kurzem schon wegen einer Schlägerei vor Gericht. Vor einigen Tagen kam es zwischen beiden wiederum zu heftigen Auseinandersetzungen. Kling belegte seinen Widersacher mit Schimpfworten, als dieser hierauf in derselben Weise reagirte, schlug ihm Kling mit der Faust auf den Kopf. Infolgedessen griff Brenner zum Messer und versetzte damit seinem Gegner fünf Stiche in den Hals und einen in den Unterleib. An den Folgen dieser Verletzungen ist Kling am anderen Tage gestorben. Der Täter wurde verhaftet.

Ein betrügerischer Arzt. Das Schöffengericht in Groß-Lichterfelde verurteilte den Arzt Dr. Jaspis, eine sehr bekannte Persönlichkeit, wegen Betruges zu drei Monaten Gefängnis.

Eine schwere Gasexplosion zertrümmerte ein Haus in Trier, dessen Seitenwand einstürzte. Sämtliche Fenster und Türen flogen aus den Angeln. Drei Familienmitglieder des Besitzers erlitten schwer Brandwunden.

Kampf zwischen Jäger und Adler. Ein seltenes Jagdabenteuer erlebte dieser Tage der Jagdaufseher S. Berchtold von Birgsau (Allgäu), als er sich in Begleitung eines Kollegen zur Wildfütterung nach dem „Breitengehren" begab. Unter einer Felswand bemerkten die beiden einen Adler, der eben einer zu Tode ermatteten Gemse mit seinem Schnabel das Lebenslicht völlig auszublasen im Begriff war. Berchtold legte an, ein Schuß knallte und der Lüftekönig stürzte zu Boden. Als sich die beiden Jäger dem Tiere näherten und nach der Beute greifen wollten, stürzte sich der Adler, der offenbar nur wund geschossen war, auf seine Verfolger, und nur mit Mühe gelang es diesen, das wütende Tier zu überwältigen und ihm die Kehle abzuschneiden. Noch nach vier Stunden gab der Adler, übrigens ein Prachtexemplar mit einer Flügelspannweite von über 2 Meter, Lebenszeichen von sich.

Einen qualvollen Tod erlitt in der Nacht zum Donnerstag v. W. eine in ihrer Behausung zu Kassel allein wohnende alte Dame, die ein Beinleiden an das Bett fesselte. Infolge irgendeiner Unvorsichtigkeit hatte sie die vor ihrem Bett stehende brennende Lampe umgestoßen und dadurch das Bett in Brand gesetzt. Infolge ihres Leidens war sie aber nicht imstande, sich der furchtbaren Gefahr zu entziehen, und so mußte sie untätig zusehen, wie das Feuer immer weiter um sich griff. Als es von außen bemerkt und die Tür erbrochen wurde, war es zu spät. Man fand zwar die über und über mit Brandwunden bedeckte Kranke noch lebend vor, aber schon auf dem Wege zum Krankenhause gab sie ihren Geist auf.

Schutz vor der Polizei! Eine skandalöse Behandlung wurde einem jungen, 19 Jahre alten Mädchen aus Treuen durch die Kriminalpolizei in Dresden zuteil. Mitte Dezember v. J. suchte das Mädchen einen Zahnarzt auf. Sie mußte einige Zeit im Vorzimmer warten, denn im Konsultationszimmer befand sich gerade die Regierungsassessorsehefrau von Brescius, die im Wartezimmer angeblich ihr Geldtäschchen hatte liegen lassen. Mehrere Stunden nach der Konsultation, als sie bereits einen Einkauf besorgt hatte und dasselbe wiederholen wollte, habe sie bemerkt, daß über 40 Mk. fehlten. Ihr Verdacht fiel auf das Mädchen und sie erstattete Anzeige. Das Mädchen wurde durch den Kriminalgendarmen Ehrlich aus ihrer Wohnung nach der Polizei gebracht und hier in ein Verhör genommen. Sie befand sich in einer großen Aufregung und soll dort den Diebstahl eingestanden haben. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht bestritt sie das ganz entschieden, erhob aber durch ihren Verteidiger gegen den als Zeugen figurierenden Kriminalbeamten Ehrlich die schwersten Vorwürfe inbezug auf die Behandlung, die sie durch ihn erlitten habe. Danach habe man ihr gesagt, sie solle nur gestehen, denn eine Dame habe vom Fenster aus gesehen, wie sie das Geld gestohlen habe. Für den Fall, daß sie das nicht tun würde, wurde ihr eine längere Untersuchungshaft angedroht. Der Angabe ihrer Personalien schenkte man keinen Glauben. In unerhörtester Weise wurde sie dann beleidigt, indem man behauptete, sie sei auf den Strich gegangen usw. Schließlich wurde sie mit einer Prostituierten zusammen in Haft behalten. Als der Gendarm Ehrlich das Mädchen wieder zu seiner Wirtin brachte, sagte er zu dieser: „Hier bringe ich Ihnen die Mamsell wieder: kochen Sie ihr einen starken Kaffee, dann mag sie nur in den Großen Garten gehen, da findet sich schon einer, sie ist eine starke Person." Zuerst bestreitet er jene Äußerungen, es sei kein Wort davon gefallen. Darauf der Verteidiger: „So, Sie haben das nicht gesagt? Nehmen Sie das nur auf Ihren Eid, die Zeugen werden es nachher beweisen." Darauf fatales Schweigen des Beamten. Schließlich gab er zu, daß es möglich sei, daß er die letztere Äußerung getan habe. Hinsichtlich der Äußerung, das Mädchen sei auf den Strich gegangen, erklärte er jetzt ebenfalls, daß sie gefallen sei, aber nicht von ihm. Die Beweisaufnahme ergab die völlige Unwahrscheinlichkeit, daß die Angeklagte eine Diebin sei, und bestätigte die frivolen Redensarten, die das Mädchen durch den Beamten über sich ergehen lassen mußte. Es wurde freigesprochen. Und was geschieht nun dem schneidigen Polizisten? Natürlich nichts, so will es sächsisch deutsche Ordnung und Sitte!

Über die Religionsverhältnisse der deutschen Reichstagsabgeordneten entnehmen wir den Aushängebogen von „Klirschners Deutscher Reichstag" (Hermann Hillger, Berlin W. 9. Preis 60 Pfg.), der am 7. März zur Ausgabe gelangt folgende Angaben: Ihrer Konfession nach sind: 220 evangelisch (darunter 54 lutherisch, 3 reformiert), und zwar 56 Konservative, 50 Nationalliberale, 25 Freisinnige, 21 Reichspartei, 17 Wirtschaftliche Vereinigung, 14 Freisinnige Volkspartei, 11 Sozialdemokraten, 8 Wild-Konservative, 7 Volkspartei, 5 Reformpartei, 3 Wilde, 1 Welfe, 1 Däne, 1 Elsässer; 141 katholisch und zwar 103 Zentrum, 20 Polen, 5 Elsässer Zentrum, 2 Unabhängige Lothringer, 8 Nationalliberale, 2 Konservative, 2 Sozialdemokraten, 1 Reichspartei, 1 Freisinniger, 1 Wild Konservativer; 18 konfessionslos (17 Sozialdemokraten, darunter 1 religionslos, 1 Freisinniger); 5 Dissidenten (Sozialdemokraten); 5 freireligiös (1 Sozialdemokraten, 1 Wilder); 3 Israeliten (Sozialdemokraten); 2 altkatholisch (1 Nationalliberaler, 1 Reformpartei); 1 Mennonit (pfälzischer Bund der Landwirte); 1 nicht angegeben (Sozialdemokrat, aus prinzipiellen Gründen). 1903 wurden gewählt: 199 Evangelische, 110 Katholiken, 44 Konfessionslose und Dissidenten, 5 Freireligiöse, 1 Israeliten, 2 Altkatholiken, 1 Mennonit.

Genickstarre. In Zirke und in Gora (Prov. Posen) herrscht die Genickstarre. Von fünf Erkrankungsfällen ist bisher einer tödlich verlaufen.

Dem Tode entrissen. Wie aus Essen berichtet wird, wurde von beiden Verschütteten auf der Zeche „Zollverein" der eine bei befriedigendem Gesundheitszustand gerettet. Nach seiner Aussage wurde der zweite Verschüttete durch herabstürzende Gesteinmassen sofort getötet.

Statistisches.

Sterblichkeitsverhältnisse. Die Gesundheit scheint im Februar eine wesentlich bessere zu werden als in dem ungesunden Januar. In der Woche vom 10. bis 16. Februar war die Sterblichkeit in der Mehrzahl der deutschen Städte verhältnismäßig gering. In verschiedenen Orten ging sie unter 10 bei 1000 Einwohnern und auf das Jahr zurück, so in Kottbus 8,9, Deutsch-Wilmersdorf 9,8, Gera 6,6, Offenbach 8,3. In Berlin betrug sie gleichzeitig 15,0. Im übrigen war die Sterblichkeit von den Städten mit mindestens 60 000 Einwohnern in: Aachen 25,8, Altona 19,5, Augsburg 25,3, Barmen 13,5, Berlin —, Beuthen 19,0, Bielefeld 13,2, Bochum 16,8, Bonn 28,1, Borbeck 27,0, Brandenburg —, Braunschweig 18,0, Bremen 15,3, Breslau 23,6, Bromberg —, Charlottenburg 12,9, Chemnitz 17,0, Danzig 23,5, Darmstadt 20,4, Dessau —, Dortmund 21,3, Dresden 16,5, Deutsch-Wilmersdorf —, Duisburg 21,1, Düsseldorf 16,9, Elberfeld 14,3, Elbing —, Erfurt 15,2, Essen 14,2, Flensburg —, Frankfurt a. M. 15,9, Frankfurt a. O. 16,8, Freiburg i. B. 18,7, Fürth 25,0, Gelsenkirchen 16,7, M. Gladbach 23,7, Gleiwitz 13,0, Görlitz 21,1, Hagen 18,0, Halle a. S. 22,7, Hamborn 13,9, Hamburg 16,6, Hannover 16,1, Harburg —, Heidelberg —, Kassel 17,1, Kaiserslautern —, Karlsruhe 17,1, Kiel 14,7, Koblenz —, Köln 19,6, Königsberg i. P. 19,1, Königshütte 12,1, Krefeld 18,2, Leipzig 15,0, Lichtenberg —, Liegnitz 26,3, Linden 16,4, Ludwigshafen 15,8, Lübeck 15,4, Magdeburg 17,0, Mainz 20,0, Mannheim 18,0, Metz 17,9, Mülhausen i. E. 26,5, Mülheim a. Rh. —, Mülheim a. d. R. 23,9, München 19,5, Münster 24,4, Nürnberg 19,6, Oberhausen —, Offenbach —, Osnabrück 15,1, Pforzheim 15,8, Plauen i. V. 20,0, Posen 21,4, Potsdam 21,8, Remscheid 15,7, Rixdorf 10,8, Rostock 22,4, Schöneberg 12,1, Solingen —, Spandau 13,0, Stettin 15,7, Straßburg i. E. 23,2, Stuttgart 20,2, Ulm —, Wiesbaden 18,2, Würzburg 25,4, Zabrze 24,2, Zwickau 15,6.

Kunst und Wissenschaft.

Gegen schlagende Wetter.

Aus Paris wird gemeldet: Der hiesige Professor der Physiologie, Grehant, hat eine Vorrichtung erfunden, mittels welcher, wie es heißt, die Anwesenheit von kleinsten Mengen schlagender Wetter in der Luft bis zu ½ Proz. herab festgestellt werden kann.

Haus- und Gartenwirtschaft.

Ziegen sollen stets mehr Trocken- als Naßfutter erhalten, da ihnen das erstere erfahrungsgemäß am besten bekommt. Große Quanten Naßfutter würden nur Durchfall, wie überhaupt Beeinträchtigung des Allgemeinbefindens herbeiführen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den **„Lübecker Volksboten"** in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und genügende Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten".